

Wolfgang Effenberger

SCHWARZBUCH EU & NATO

Warum die Welt keinen Frieden findet



zeitgeist
Print & Online

Mit einem Vorwort von
Prof. Dr. Hermann Mückler

AUSZUG AUS

Wolfgang Effenberger

Schwarzbuch EU & NATO

Warum die Welt keinen Frieden findet

Mit einem Vorwort von Prof. Dr. Hermann Mückler

zeitgeist
Print & Online

Gewidmet meiner Enkelin
Katharina
und ihrer Generation

Für eine Zukunft in
Frieden, Freiheit und Wahrheit

3. Auflage März 2021

© Verlag zeitgeist Print & Online, Höhr-Grenzhausen 2020

© Wolfgang Effenberger/Hermann Mückler 2020

Alle Rechte vorbehalten

Bei Übernahme von Originalzitaten: Rechtschreibung, Zeichensetzung
sowie Grammatik zum besseren Verständnis korrigiert, historische
Schreibweisen wurden beibehalten. Übersetzungen i. d. R. durch
den Autor Wolfgang Effenberger.

Redaktionsschluss: September 2020

Satz: Hoos Mediendienstleistung, Landau

Coverdesign: Grafikfee GmbH, Bingen

Druck und Bindearbeiten: CPI books GmbH, Leck

Printed in Germany

ISBN 978-3-943007-31-2

www.zeitgeist-online.de

*»Lassen Sie sich nicht hineintreiben
in Feindschaft und Hass
gegen andere Menschen,
gegen Russen oder Amerikaner,
gegen Juden oder Türken,
gegen Alternative oder Konservative,
gegen Schwarz oder Weiß.*

Lernen Sie miteinander zu leben, nicht gegeneinander.

*Lassen Sie auch uns als demokratisch gewählte Politiker dies
immer wieder beherzigen und ein Beispiel geben.*

Ehren wir die Freiheit.

Arbeiten wir für den Frieden.

Halten wir uns an das Recht.

Dienen wir unseren inneren Maßstäben der Gerechtigkeit.

Schauen wir am heutigen 8. Mai, so gut wir es können, der Wahrheit ins Auge.«

Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985

*»Es ist normal,
dass Sieger die Geschichte in den Mülleimer werfen
und Opfer sie ernst nehmen.«*

Noam Chomsky

*»Nichts ist schwerer und nichts erfordert mehr Charakter,
als sich in offenem Gegensatz zu seiner Zeit zu befinden
und laut zu sagen: Nein.«*

Kurt Tucholsky

*»Historisch gesehen sind die schrecklichsten Dinge –
Krieg, Völkermord und Sklaverei –
nicht durch Ungehorsam entstanden,
sondern aus Gehorsam.«*

Howard Zinn

Inhaltsübersicht

Vorwort	15
Prolog	21
Der zweite Dreißigjährige Krieg	
Visionen im Herbst 1887	33
Erster Weltkrieg	36
Vom Völkerbund zu den Vereinten Nationen	37
Zwischenkriegszeit	43
Warum wurde Hitler nicht gestoppt?	50
Besetzung statt Befreiung	54
Das Ende der Hegemonie Westeuropas	56
Konzepte zur europäischen Einigung bis 1941	
Walther Rathenau	59
Walther Funk	61
Pan-Europa vs. Herzland-Theorie	64
Die Atlantik-Charta	66
Im Geiste von Versailles:	
Die jungen Wilden prägen ein Jahrhundert	
Die einflussreiche Familie Dulles	69
Jean Monnet (1888–1979)	72
John Foster Dulles (1888–1959)	76
Die Folgen des gescheiterten New Deals	80
Allen Dulles (1893–1969)	83
William »Wild Bill« Donovan (1883–1959)	85
Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi (1894–1972)	87
Winston Spencer Churchill (1874–1965)	94
Weichenstellung für EU und NATO	
Vorzeichenwechsel	99
Der Fanfarenstoß von Fulton/USA	103

Let Europe arise! – Churchills Rede an die akademische Jugend in Zürich	104
Schlüsseljahre 1947 und 1949	106
Die Truman-Doktrin – Eindämmung der »roten Gefahr«	107
Die Vereinigten Staaten von Europa	108
Ausbau des europäischen Brückenkopfs: der Marshallplan	109
National Security Act und CIA	112
1948: Frostige Zeiten –	
Brüsseler Pakt und US-Europa-Komitee	114
Inflation von US-Kriegsplänen	115
Währungsreform: Deutsche Mark vs. Ost-Tapetenmark	117
Befreiung und Kreuzzug gegen »das Böse«	119
Feindbilder und verhärtete Fronten	120
Gründung der NATO	122
Gründung des Europarats	123
Gründung zweier deutscher Staaten	124
Der Kongress für kulturelle Freiheit	126
Siamesische Zwillinge: EU und NATO	
Von der Montanunion zur Europäischen Gemeinschaft	131
Der NATO-Beitritt der BRD	133
Vorneverteidigung und Befreiungsidee	137
Die Römischen Verträge –	
»Geburtsurkunde« der Europäischen Union	140
Der Sputnik-Schock	145
Die Kuba-Krise 1962 – Zufälle verhindern Atomkrieg	152
Strategie der flexiblen Erwidern	160
Friedensbewegte Jahre	
Nukleares Kriegstheater	165
Schachbrett Eurasien und NATO-Doppelbeschluss	175
Reagan: Traumkandidat der Hardliner	178
Der heiße Herbst 1983	180
Generale für Frieden und Abrüstung	182

Kalter Krieg reloaded	
Aufbruch in eine neue Welt?	189
Streben nach unipolarer Weltordnung	192
CENTCOM sichert Carters Doktrin militärisch ab	193
Einladung zum Picknick am Eisernen Vorhang	194
Die Montagsdemonstrationen in Leipzig	196
Mauerfall und Zwei-plus-Vier-Vertrag	199
Krieg gegen den Irak	201
Der Balkan wird neu geordnet	210
Neue Aufgaben für die NATO	211
Der Vertrag von Maastricht	213
Vitale Sicherheitsinteressen?	214
Ein neues imperiales Zeitalter	
Wachwechsel im Weißen Haus: Hoffnungsträger Bill Clinton	217
Ein neues Feindbild: der Islamismus	218
Die neue transatlantische Agenda	221
US-Intervention für die bosnischen Muslime	222
Auftakt zum Endspiel in Bosnien	226
Ethnische Säuberung als Teil westlicher Realpolitik	229
Der Weg von Srebrenica nach Dayton	231
Der Anfang der NATO-Osterweiterung	249
9/11 und die Spirale des Terrorismus	
Projekt für ein neues amerikanisches Jahrhundert	251
Lauschangriff auf Europa	254
Amerika unter Beschuss	256
Kronzeuge der US-Kriegspolitik	261
Die Welt nach dem 11. September 2001	265
Der gescheiterte Vertrag über eine Verfassung für Europa	
Geburtswehen eines Vertrags	275
Soll das vereinigte Europa katholisch werden?	276
Allgemeine Kritik	277
Euphemistische Verankerung von Militäreinsätzen	287
Das Scheitern des »großen Projekts«	289
Lech Kaczynski: Sterben für die Quadratwurzel	293

EU und NATO vor neuen Aufgaben

Krieg gegen den Terrorismus	297
Europa zeigt Putin die kalte Schulter	299
Deutschland als US-Flugzeugträger	300
Der Kosovo gerät unter die Fittiche von USA/EU	301
Geopolitisches Tauziehen um Pipeline-Trassen	307
Die Osterweiterung der NATO	308
Regime Change: Implantierung williger Regierungen	309

Ukraine: Rammbock gegen Russland

Die strategische Bedeutung der Ukraine	317
Der Maidan-Putsch	325
Geopolitischer Wettlauf um die Krim	327
US-Resolution 758: Permanente Kriegserklärung an Russland ...	329
Eskalation: Der Abschuss der MH17	331
Die Rolle Russlands aus der Sicht von US-Geheimdienstveternanen	332
Die Deutschen als Sprachrohr der transatlantischen Kriegstreiber	335

USA: Vom »gütigen« Hegemon zur rücksichtslosen Weltmacht?

Welt im Übergang	339
George W. Bush: USA sind eine arktische Nation	342
Obama, der erste pazifische Präsident der USA	345
Regime Change in Libyen	347
Mit arabischen Despoten gegen Muammar Gaddafi	349
»Assad muss weg«	352
US-Langzeitstrategie: Win in a Complex World 2020–2040	360
Regime Change in Belarus?	363
Bundeswehreininsatz in Syrien: eine Friedensoperation?	368
Rivale China	374

EU am Ende oder nur am Scheideweg?

2019: Hoffnungsvolle Europawahl endet im Demokratiedefizit ...	379
Ein transatlantisch gefestigtes Triumvirat	379
Regieren nach Gutsherrenart	381
Nach vier Jahren Gezerre: endlich Brexit-Day	386
Von der Leyen und ihr »Green Deal«	389

Lagarde in Aktion: milliardenschwere Notfallprogramme	391
Die Ursachen der Bankenkrise 2008	392
Vergebliche Warnungen	395
Brüssel als Spielball der Lobbyisten	399
Glaubwürdigkeit des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte angeschlagen	400
Kampagnenbetreiber: Wo bleibt die Wahrhaftigkeit?	405
»Faktenchecker« gegen »Fake News«	408
Das Märchen von der Pressefreiheit	410
Strategische Kommunikation der EU	412
Verlogene Erinnerungskultur	414
Versailles – das schwere Erbe der EU	417

Bedenkliche Symbolik der EU: der Karlspreis

Karl der Große, Kaiser von Europa?	419
Karlspreisträger: »EU-litäres« Who's Who	422
Preisträgerin Angela Merkel (»Europa gelingt gemeinsam«)	427
Preisträger Papst Franziskus (»Europa – eine Gesellschaft der Werte«)	428
Preisträger Martin Schulz (»Die Bürger Europas stärken«)	429
Preisträger Emmanuel Macron (»Neubegründung des Europäischen Projekts«)	431
MoveOn.org und PICO: Zwillinge vom gleichen Geist?	431
Exkurs: Die gezielte Transformation der Linken	436
Öffentliche Kritik am Karlspreis	438

Die Welt im Zangengriff von Covid-19

Von der Abwiegung zur Panikmache	443
Pandemie: globale Krise mit völlig neuer Dimension	446
Guterres warnt vor Missbrauch von Viren als Biowaffe	447
Big-Pharma-Karussell: WHO, JHU und Gates-Stiftung	453
Die Corona-Propaganda	457
Ausverkauf der UN an die Konzerne?	459
Wie im Krieg: »EUvsDisinfo«, die Desinformationskampagne der EU	467
Neuorientierung beim Springer-Verlag	470
Anwachsen der Staatsverschuldung durch Corona	476

Fahrlässiger Umgang mit suspekter Datenbank	477
Weltweite Demonstrationen gegen Polizeigewalt und Rassismus... ..	482
Der Kampf gegen Corona wird weitergehen	490
Verfassungswidrige Maßnahmen?	492
Ein janusköpfiger Aufruf zur Verteidigung der Demokratie	496
Juristen sorgen sich um Rechtstaatlichkeit	498
Eine Demonstration polarisiert die Gesellschaft	500
Divergierende Zahlen	504
Berlin, 29. August 2020: Fest für Freiheit und Frieden	507
Befinden wir uns in einem hybriden Weltkrieg?	513
Epilog	
Historische Wurzeln der heutigen oligarchischen Welt	515
Dämonisierung Russlands und Chinas	518
Großbritannien verlässt die Europäische Union	520
Der Mythos von der Befreiung	522
Covid-19 wird die Menschen noch lange beschäftigen	523
Marathon-EU-Gipfel im Juli 2020	524
Ausblick in eine friedlichere Welt – föderal, sozial und subsidiarisch?	
Niedergang einer Großmacht	529
Kommt es zum Krieg gegen China?	533
Corona als Wegbereiter einer Weltregierung?	535
Was wird die Zukunft bringen?	538
Das Weltwirtschaftsforum und der »Große Neustart«.....	541
Anhang	
Dringender Friedensappell ehemaliger Top-Gewerkschafter	551
Anmerkungen	557
Abkürzungsverzeichnis	605
Literaturverzeichnis	609
Personenregister	623
Bildquellenverzeichnis	635
Danksagung	639

»Überzeugungen sind gefährlichere
Feinde der Wahrheit als Lügen.«

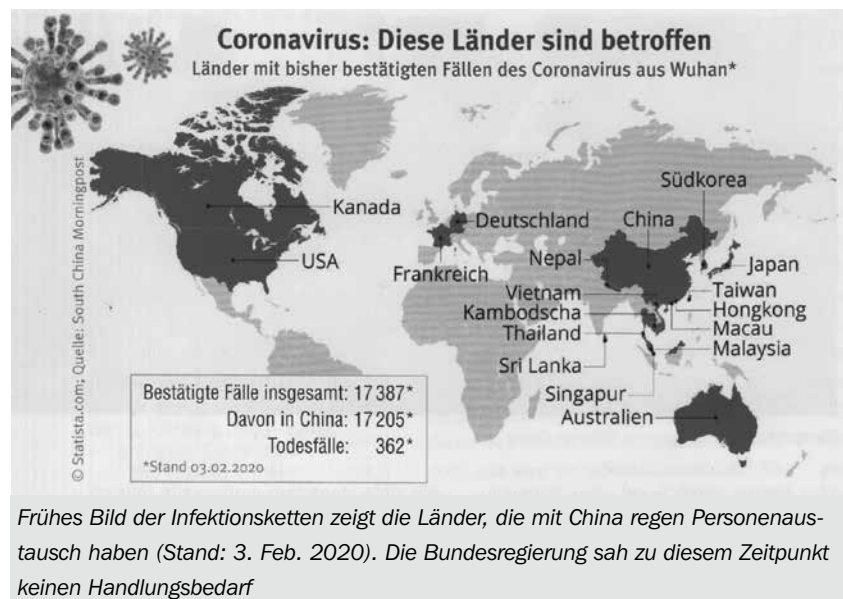
Friedrich Nietzsche

Die Welt im Zangengriff von Covid-19

Von der Abwiegung zur Panikmache

Am 31. Dezember 2019 wurde das WHO-Länderbüro China über Fälle von Lungenentzündung unbekannter Ursache informiert, die in der Millionenmetropole Wuhan in der Provinz Hubei festgestellt worden waren. Als Ursache wurde am 7. Januar von den chinesischen Behörden ein neuartiges Coronavirus (SARS-CoV-2) identifiziert. Am 27. Januar 2020 meldete das bayerische Gesundheitsministerium den ersten Fall in Deutschland. Umgehend rief Gesundheitsminister Jens Spahn im öffentlich-rechtlichen Rundfunk zur Gelassenheit auf und verkündete mantrageleich: »*Deutschland ist gut vorbereitet*«, es sei weder Anlass zu Unruhe noch zu unnötigem Alarmismus. Am 29. Januar brachte die *Stuttgarter Zeitung* einen Artikel, überschrieben mit »Bundesgesundheitsminister warnt vor Fakenews wegen Coronavirus« und zitierte Jens Spahns Warnung: »*Gerade in sozialen Medien sind viele mit ganz eigenen Interessen unterwegs, die Bürgerinnen und Bürger verunsichern wollen.*« Einen Tag später rief die Weltgesundheitsorganisation eine »gesundheitliche Notlage von internationaler Tragweite« aus. Anfang Februar 2020 erschien in der *South China Morning Post* eine Übersicht der vom Virus betroffenen Länder mit dem Stand vom 3. Februar 2020 (siehe Abb. auf S. 444).

Auch Anfang Februar sah Spahn in Deutschland noch alles unter Kontrolle. Erst als Virologen befürchteten, er unterschätze die Gefahr, schlug er plötzlich Alarm: Deutschland stehe am Beginn einer Coronavirus-Epidemie. Am 27. Februar nahm der Krisenstab seine Arbeit auf – auf Grenzschießungen und Eventabsagen meinte der Minister immer noch verzichten zu können.



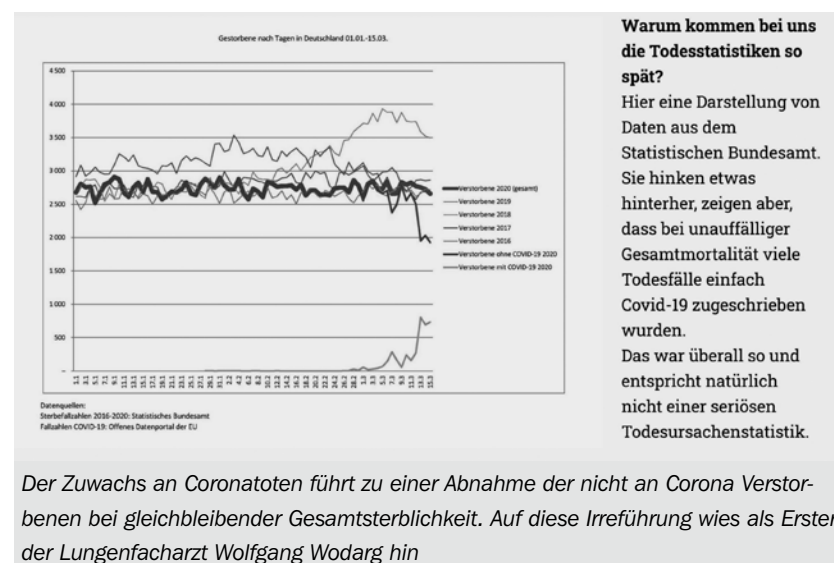
Frühes Bild der Infektionsketten zeigt die Länder, die mit China regen Personenaustausch haben (Stand: 3. Feb. 2020). Die Bundesregierung sah zu diesem Zeitpunkt keinen Handlungsbedarf

Aus dem Jahr 2012 stand der Bundesregierung ein Krisenpapier für genau diesen Fall zur Verfügung. Die »Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz« untersuchte unter Punkt 2.3 die »Pandemie durch Virus Modi-SARS«, die unter fachlicher Federführung des Robert Koch-Instituts und Mitwirkung weiterer Bundesbehörden¹ durchgeführt worden war. Sie beschreibt ein außergewöhnliches von Asien ausgehendes Seuchengeschehen, das auf der Verbreitung eines neuartigen Erregers, etwa SARS-Coronavirus (CoV), H5N1-Influenzavirus, Chikungunya-Virus, HIV, basiert. Das Szenario: Mehrere Personen reisen nach Deutschland ein, bevor den Behörden die erste offizielle Warnung durch die WHO zugeht – in der Realität, also 2020, kam die Warnung vier Wochen vorher! Die Aussichten in der Studie sind wenig hoffnungsvoll: »Nachdem die erste Welle abklingt, folgen zwei weitere, schwächere Wellen, bis drei Jahre nach dem Auftreten der ersten Erkrankungen ein Impfstoff verfügbar ist.«²

Um erkrankte Personen wirkungsvoll therapieren zu können, muss man wissen, was bei der Erkrankung im Körper passiert, und die Obduktion der Toten ist dazu das probateste Mittel. Daher ist es völlig unverständlich, warum dies kaum geschah. Das Robert Koch-Institut (RKI) gab sogar eine Empfehlung heraus, worin es heißt: »Eine innere Leichenschau, Autopsien oder andere aerosolproduzierende Maßnahmen sollten vermieden werden. Sind diese notwendig, sollten diese

auf ein Minimum beschränkt bleiben.«³ Dem widersprachen der Bundesverband Deutscher Pathologen und die Deutsche Gesellschaft für Pathologie (DGP): Es sei im Gegenteil notwendig, weitere Erkenntnisse über die Erkrankung und deren oft erstaunlich fulminanten Verlauf zu gewinnen und offene Fragen zu beantworten.⁴

Um die Bedrohungsdimension realistisch einordnen und jede unnötige Panikmache ersticken zu können, wäre auch ein Vergleich der täglichen Sterbezahlen mit denen des Vorjahrs äußerst sinnvoll gewesen. Die erste derartige Übersicht ist dank des Epidemiologen und Pneumologen Wolfgang Wodarg Ende April ins Netz gestellt worden (siehe Abb. unten).



Zwei Wochen zuvor hatte die WHO die Verbreitung des Sars-CoV-2 als Pandemie eingestuft. Das war trotz der immer noch geringen Todeszahlen (weltweit ca. 4000) möglich, da die Richtlinien für eine Pandemie im Zuge der Schweinegrippe 2009/10 verschärft worden waren. Schon damals wurden kritische Stimmen laut, da einige der WHO-Berater, die an den Bestimmungen mitgewirkt hatten, Geld von Pharmafirmen erhalten haben sollen.⁵ Der *Arzneimittelbrief* schrieb dazu im September 2009: »Für die Regierungen, die WHO und Pharmaindustrie ist es natürlich ideal, eine harmlose Erkrankung als Weltbedrohung aufzubauen, gemeinsam davon zu profitieren und am Ende sich gegenseitig

zu beglückwünschen, wie gut doch durch die enge Zusammenarbeit die Bedrohung abgewendet wurde.«⁶

Pandemie: globale Krise mit völlig neuer Dimension

Eine Krise wie die Covid-19-Pandemie hat die Welt in dieser Größenordnung noch nie erlebt: Volkswirtschaften werden heruntergefahren, selbstverständliche bürgerliche Freiheiten außer Kraft gesetzt und die Versorgung auf das Notwendigste reduziert. Enorme wirtschaftliche und (durch mangelnde Regelversorgung) gesundheitliche Schäden werden in Kauf genommen – da wird unweigerlich auch über ein absichtliches Auslösen der Krise spekuliert, bis hin zu der These, bei dem Virus handle es sich um eine Biowaffe.

Biologische Waffen – Bakterien, Viren, Pilze und Toxine – wurden schon in der Antike eingesetzt. So brachten die Hethiter vor 3000 Jahren verseuchtes Vieh ins Feindesland, und Perser, Griechen und Römer vergifteten die Brunnen ihrer Feinde mit verwesenden Leichen. 1346 wurden in Kaffa (heute: Feodosija, Autonome Republik Krim) von den Tataren nach dreijähriger Belagerung Pesttote über die Mauern in die Stadt katapultiert. Von den britischen Kolonialherren wurde diese Methode Ende des 18. Jahrhunderts noch verfeinert: »Wir müssen jede Methode anwenden, um diese abscheuliche Rasse auszulöschen«, erklärte der Befehlshaber Jeffrey Amherst seine Aufforderung, den Indianern pockenverseuchte Decken auszuhändigen.⁷

Am 12. März 2020 twitterte der stellvertretende Direktor der Informationsabteilung des chinesischen Außenministeriums, Zhào Lǐjiān: »Es könnte die US-Armee sein, die die Epidemie nach Wuhan gebracht hat.«⁸ Bald darauf schimpfte Außenminister Mike Pompeo über »Desinformation« und »absonderliche Gerüchte«, die Zhào über die Regierungskanäle verbreitet habe.

Der amerikanische Schriftsteller Jack London hat eine solche Fiktion 1910 in »Die beispiellose Invasion« beschrieben. In dem Kurzroman bekämpfen die USA den Aufstieg Chinas mit einer Vielzahl biologischer Waffen. Völkermord wird als einzig vernünftige Antwort auf den wachsenden Erfolg der Konkurrenzmacht dargestellt. Westliche Nationen machen sich nach dem Plan eines amerikanischen Wissenschaftlers an die Ausrottung der Chinesen, die wieder-

um ihre Armee zur Abwehr einer Invasion aus Europa und den USA mobilisieren. Schließlich werden sie mit »Röhren aus zerbrechlichem Glas« bombardiert, in denen sich Viren und Bakterien befinden. Am Ende der Geschichte wagen sich westliche Truppen in die Weiten des desolaten Landes. Sie finden ein verwüstetes China vor, eine Wildnis, durchzogen von wilden Hunden und verzweifelten Banditen. Nach deren Tötung wird das Land der aufgehenden Sonne nach dem Vorbild Nordamerikas neu besiedelt.

Bei biologischen Erregern ist der Rückschluss auf den Vorteilsnehmer manchmal schwierig: 1917/18 brach in einem Militärlager in Kansas die Spanische Grippe aus, hervorgerufen durch eine Mutation des H1N1-Erregers. Sie forderte bis 1919 50 bis 100 Millionen Todesopfer. Betroffen waren hauptsächlich die Westalliierten, sie nutzte also den Mittelmächten. Denen wurde aber nie ein entsprechender Vorwurf gemacht. War die Grippe rein zufällig ausgebrochen? Oder ging hier ein amerikanischer Biowaffenschuss nach hinten los?⁹

9/11 hatte ebenfalls eine biologische Komponente. Neben den Terrorangriffen mit den vier Flugzeugen wurden bis zu 30 000 Menschen den tödlichen Sporen des Milzbranderreger Anthrax ausgesetzt (vgl. auch S. 259 f.). Die Spur führte schließlich in das US-Biowaffenlabor Fort Detrick zu Bruce Ivins, der sich kurz vor der Festnahme das Leben nahm.

Guterres warnt vor Missbrauch von Viren als Biowaffe

Vor dem Osterfest sprach UN-Generalsekretär António Guterres von einer Bedrohung des internationalen Friedens und der Sicherheit durch etwaige künftige Angriffe von Bioterroristen mit dem Ziel, Pandemien wie die gegenwärtige auszulösen. »Die Schwächen und die mangelhafte Vorbereitung, die durch diese Pandemie offengelegt wurden, geben Einblicke, ... wie ein bioterroristischer Angriff aussehen könnte, und erhöhen möglicherweise das Risiko dafür«, erklärte er bei einer Videokonferenz des UN-Sicherheitsrats und warnte: »Nichtstaatliche Gruppen könnten Zugang zu virulenten Stämmen erhalten, die für Gesellschaften auf der ganzen Welt eine ähnliche Verwüstung bedeuten könnten.«¹⁰

Dass islamistische Terroristen von ihren »Maschinenkanonen-Pick-ups« auf Labore umsteigen und dort Viren züchten, scheint recht abwegig. Die Entwick-

lung von Biowaffen wird in der Regel von Staaten betrieben, und Staaten sind es auch, die den Terror weltweit fördern – völkerrechtswidrige Kriege, Folter, Zerstörung, Chaos, Flucht – und dadurch wieder neuen Terror generieren.

Eigentlich ist die Entwicklung, die Herstellung und der Einsatz biologischer Waffen seit 1972 verboten. 182 Staaten, darunter alle Großmächte, haben die sogenannte Biowaffenkonvention unterschrieben. Und doch findet sich in der US-Studie »Rebuilding America's Defenses« des neokonservativen Think Tanks PNAC aus dem Jahr 2000 die Aufforderung: *»Eine fortgeschrittene Form der biologischen Kriegsführung, mit der auf spezifische Genotypen gezielt wird, kann die biologische Kriegsführung aus dem Reich des Terrors zu einem politisch nützlichen Werkzeug transformieren.«*¹¹ Einer der hochkarätigen Verfasser war Paul Wolfowitz, Berater von George W. Bush und Stellvertreter von Donald Rumsfeld, ein wichtiger Förderer des »Kriegs gegen den Terror«, mit dem der Irak, Afghanistan, Libyen, Syrien, Libanon, Somalia, Sudan und der Iran dem Hegemonieanspruch der USA unterworfen werden sollten. Das alles dient dem Ziel der unipolaren Weltherrschaft und der »Full Spectrum Dominance« des US-Militärs, und Vieles davon ist bis heute erfolgreich umgesetzt worden.

2005 wurden im Pentagon Strategien entwickelt, wie im Ausland stationierte US-Truppen in ihren Camps vor Bioangriffen geschützt werden können. Als logisches Ergebnis fasste man die Isolierung kranker Soldaten in Krankenhäusern ins Auge, während die Gesunden unter Hausarrest gestellt werden sollten. Was für die US-Soldaten im Ausland richtig erschien, konnte analog auf die gesamte USA übertragen werden. So wurden Carter Mecher vom Gesundheitsdienst der Veteranen und Bush-Berater Richard Hatchett vom Nationalen Sicherheitsrat beauftragt, die Abwehrstrategie auf das ganze Land auszudehnen. Kurz bevor Verteidigungsminister Rumsfeld ausschied, konnte dem Center for Disease Control and Prevention (CDC) für den Krisenfall die obligatorische Isolierung der Zivilbevölkerung aufgezwungen werden. Der folgende Proteststurm wurde angeführt von Donald Henderson, dem ehemaligen Leiter der Johns Hopkins University School of Public Health und des U. S. Epidemic Response System. Henderson sah in dem die Grundfreiheiten verletzenden Hausarrest der gesamten Bevölkerung keinen medizinischen Sinn.¹²

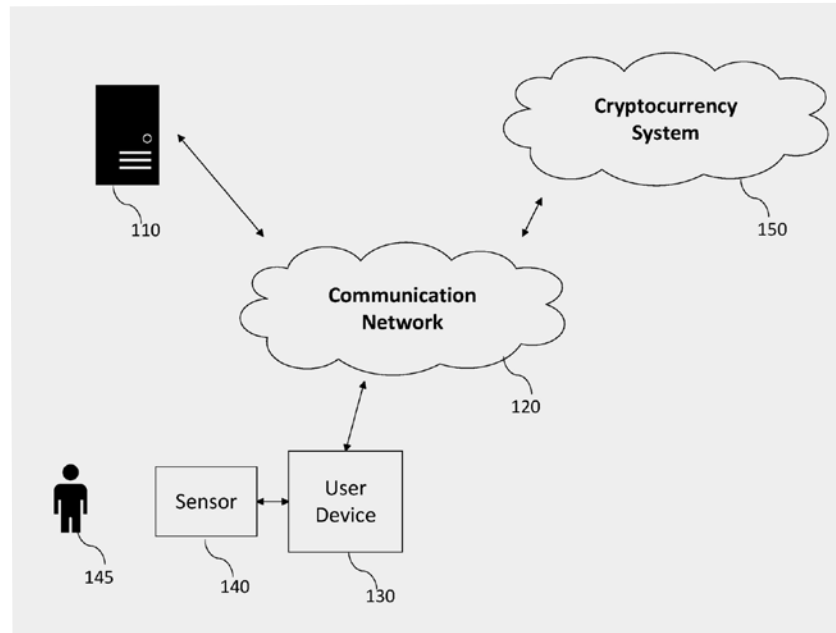
Den Weg in die Beschneidung der Freiheitsrechte läutete die Bush-Administration mit dem unmittelbar nach 9/11 verabschiedeten US-Patriot Act ein. Der

französische Journalist sowie Gründer des Voltaire Netzwerks, Thierry Meysan, weist in seinem Artikel vom 28. April 2020 darauf hin, dass erst 2017 – von der Trump-Administration – alle offiziellen US-Dokumente mit den von Mecher und Hatchett veranlassten Maßnahmen vernichtet wurden.¹³ Heute ist Richard Hatchett Chef der mächtigen Coalition for Epidemic Preparedness Innovations (CEPI) – eine weltweite Allianz in öffentlich-privater Partnerschaft zwischen Regierungen, der WHO, der EU-Kommission, Forschungseinrichtungen, der Impfstoffindustrie und privaten Geldgebern –, die von Oslo aus die globalen Vakzininvestitionen koordiniert. Die CEPI wurde im August 2016 von der Bill & Melinda Gates Foundation gegründet und steht in Verbindung mit dem Weltwirtschaftsforum.

Im Mai 2019, also Monate vor Ausbruch der Covid-19-Pandemie, hatte die Europäische Kommission einen »Fahrplan für Impfungen«¹⁴ auf den Weg gebracht. Diese Roadmap, zuletzt im dritten Quartal 2019 aktualisiert, soll bis 2022 in einen gemeinsamen Impf- bzw. Reisepass für EU-Bürger münden. Auf der letzten Seite des 10-seitigen Dokuments sind die weiteren Ziele konkretisiert: Aufbau eines Netzwerks für klinische Versuche durch das European Clinical Research Infrastructure Network (ECRIN) sowie die Unterstützung von CEPI.¹⁵

Am 12. September 2019 führte die Kommission dann gemeinsam mit der WHO einen »globalen Impfgipfel« durch. Das Gipfelmanifest beklagte die mangelnde Verfügbarkeit von sicheren, wirksamen Impfstoffen und das schwindende Vertrauen der Öffentlichkeit in deren Wert sowie Desinvestitionen bei den Impfpraxen weltweit. Dem sollte in zehn Lektionen entgegengesteuert werden. In Lektion 4 geht es darum, die Ursachen der Impfszurückhaltung an der Wurzel zu packen und das Vertrauen in die Impfung mittels E-Learning-Schulungsmodulen für Allgemeinmediziner zu stärken sowie zögerliche Bevölkerungsgruppen anzusprechen und Verhaltensänderungen herbeizuführen. In der Folgelektion wird gefordert, die Macht der digitalen Technologien zu nutzen, um die Überwachung der Effektivität von Impfprogrammen zu verstärken. Die umfassenden Überwachungsmöglichkeiten, wie die Rückverfolgung von Apps und implantierten NFC-RFID-Biochips, lassen berechtigte Datenschutzbedenken aufkommen.

Die Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) hat am 26. März 2020 unter der Internationalen Publikationsnummer WO/2020/060606 eine Patent-



Ausschnitt aus der Patentanmeldung WO/2020/060606 der Firma Microsoft: Menschliche Körperaktivitäten können mittels Sensoren über Schnittstellen zur Kommunikation im Netz genutzt und sogar mit einer Kryptowährung gekoppelt werden. Die totale Überwachung?

schrift der Firma Microsoft veröffentlicht, die Möglichkeiten des Messens und Monitorings von Körperaktivitäten aufzeigt, die weit über eine reine Überwachung hinausgehen. Die aufgezeigten Entwicklungen sind Meilensteine auf dem Weg der Gesellschaft in Richtung des Internet of Humans (IoH) und des Transhumanismus.

Auch die Interessenlage innerhalb der WHO ist wenig geeignet, Vertrauen in die Impfkampagnen der EU aufzubauen. Am 7. Juli 2020 machten die USA – bislang wichtigster Beitragszahler – ernst mit ihrem angedrohten Austritt und leiteten das entsprechende Verfahren ein. Dabei haben sie die vertrauenszerstörenden Strukturen der WHO mitzuverantworten, indem sie Anfang der 1990er-Jahre den Globalmilliardären und Pharmagiganten den institutionellen Zugang ermöglichten. So stammen heute »achtzig Prozent des WHO-Haushalts von dieser obskuren Riege der Nicht-Staaten«. ¹⁶ Ab 2001 sei die WHO, so die Kritik von Transparency International, wegen der viel zu geringen Pflichtbei-

träge der Staaten in die Arme der Industrie getrieben worden. 2020 sollte der Beitrag knapp 116 Mio. Dollar betragen, angesichts eines Militärbudgets von über 6000 Mio. eine lächerliche Summe. Das gilt auch für alle anderen Staaten. Die Interessen von »Big Pharma« und Rüstungsindustrie scheinen global den Ton anzugeben.

Als Grund für den Rückzug gab US-Präsident Donald Trump die Dominanz Chinas an. Überhaupt erscheint das Verhalten Trumps in der Coronakrise widersprüchlich. Das hängt nach Thierry Meyssan mit der Person des umstrittenen, aber einflussreichen Anthony Fauci, Direktor des National Institute of Allergy and Infectious Diseases, zusammen. Während Fauci als wissenschaftlicher Berater des Weißen Hauses von Beginn an autoritäre Maßnahmen zur Eindämmung der Epidemie forderte, sprach sich Trump zunächst im Namen der Freiheit aller gegen Isolierungsmaßnahmen aus. Um dem Präsidenten in Sachen Corona Inkompetenz zu unterstellen, ließen Faucis Freunde einen Teil ihrer Korrespondenz durchsickern. ¹⁷

Die Tragik Trumps scheint es zu sein, dass in seinem Umfeld immer wieder Mitarbeiter seine Politik konterkarieren und er für seine eigenen Einschätzungen und Aktionen nur begrenzten Spielraum hat – mit Sicherheit auch ein Grund für ihn, zu twittern. Die Zahl derer, die die Opposition aus ihren Ämtern gedrängt hat oder die von Trump selbst entlassen wurden, ist kaum mehr zu überblicken. In Erinnerung ist vor allem der erste Sicherheitsberater Trumps, General Michael Flynn, der als Chef des Geheimdienstes DIA im August 2012 dokumentierte, dass von den USA islamische Terroristen aus dem Umfeld von Al-Qaida in Nordsyrien in Stellung gebracht wurden, und daraufhin von Präsident Obama entlassen wurde.

Mit dem Vorwurf, Saddam Hussein betreibe »fahrbare Labors« für gefährliche Biowaffen, der sich später als Lüge herausstellte, wurde der Krieg gegen den Irak begründet. Die UN-Sanktionen 1991 bis 2003 führten zum Tod von »über einer Million Irakern durch Unterernährung, mangelnden Zugang zu sauberem Wasser, Medikamenten, medizinischer Ausrüstung usw.«. ¹⁸ Nach Alfred de Zaya, US-amerikanischer Völkerrechtler, Historiker und unabhängiger Experte des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen von 2012 bis 2018, verstößt der aktuelle Wirtschaftskrieg gegen Kuba, Nicaragua, Venezuela, Syrien, Iran und Nordkorea gegen die UN-Charta und zahlreiche internationale Verträge, so

z. B. gegen das Interventionsverbot, das nicht nur für militärische Interventionen, sondern auch für nichtkonventionelle, hybride Kriegführung gilt.

Es lohnt sich allemal, den Weg in die Coronakrise näher zu betrachten. Anfang 2009 kam es zu einem großflächigen Infektionsgeschehen durch das mutierte Grippevirus H1N1: Die sogenannte Schweinegrippe breitete sich rasch aus – zunächst in Mexiko, dann in den USA. Nach Abänderung der Definition einer Pandemie (u. a. Streichung der Voraussetzung einer »beträchtlichen Zahl von Toten«) wurde dann Anfang Juni diesselbe ausgerufen. Das war der Startschuss für die Produktion von Impfstoffen.

Vor diesem Hintergrund entwarf die Rockefeller Foundation im Mai 2010 ein aufschlussreiches Papier, überschrieben mit »Scenarios for the Future of Technology and International Development«. Auf den Seiten 18 und 19 findet sich unter der Überschrift »Lock Step: Eine Welt der strengeren Regierungskontrolle von oben nach unten und einer autoritäreren Führung, mit begrenzter Innovationskraft und wachsendem Widerstand der Bürger« folgende Vision: »Im Jahr 2012 traf die Pandemie, welche die Welt seit Jahren erwartet hatte, endlich ein ..., die fast 20 Prozent der Weltbevölkerung infizierte und tödlich traf. 8 Millionen in nur sieben Monaten, die meisten von ihnen gesunde junge Erwachsene. Die Pandemie hatte auch tödliche Auswirkungen auf die Volkswirtschaften: Die internationale Mobilität von Menschen und Gütern kam zum Stillstand ... Die Pandemie überzog den Planeten, ... aber selbst in den entwickelten Ländern war die Eindämmung eine Herausforderung. ... Einige wenige Länder haben sich jedoch besser geschlagen – vor allem China ... stoppte die Ausbreitung des Virus viel früher als andere Länder und ermöglichte eine schnellere Erholung nach der Pandemie ... Die Idee einer stärker kontrollierten Welt fand zunächst breite Akzeptanz und Zustimmung. Die Bürger gaben bereitwillig einen Teil ihrer Souveränität – und ihrer Privatsphäre – an paternalistischere Staaten ab. Die Bürger waren ... begieriger nach einer Führung und Aufsicht von oben nach unten, und die nationalen Führer hatten mehr Spielraum, um Ordnung in der von ihnen für richtig gehaltenen Weise durchzusetzen.«

Ein Jahr später ließ die EU den Bildroman »Infected« in der Brüsseler Behörde verteilen. Darin wird eine 2006 von Peking ausgehende Pandemie skizziert. Am Ende der Geschichte stellte die Führungsrige der EU ihre Erfolge im Kampf gegen das Virus heraus: »Die Verluste wurden auf weniger als eine Million Menschenleben begrenzt, und die Ausbreitung des Virus B-1049 konnte in nur



Über eine Milliarde Menschen sterben am Virus B-1049, Big Pharma übernimmt die Macht, die Demokratie ist Geschichte, und die Menschen sind sozial isoliert wie deprimiert. Dieses Schreckenszenario beschreibt die 2011 von der EU herausgegebene Graphic Novel »Infected«. Vorhersehung oder Regieanweisung?

sechs Wochen gestoppt werden, nachdem das freiwillige pharmazeutische Notfallkonsortium in großem Maßstab die Phase der Impfstoffproduktion eingeleitet hatte.« 2020 wurde das Ganze dann Wirklichkeit. Doch die Gefahr wurde zunächst heruntergespielt.

Big-Pharma-Karussell: WHO, JHU und Gates-Stiftung

In der Coronakrise gibt die mit dem Namen Rockefeller eng verbundene Johns Hopkins University (JHU) weltweit den Takt an. In einem Ranking der nationalen Gesundheitssysteme stellte die JHU die USA auf Platz 1, China dagegen auf Platz 51. Das mag Trump wohl zu seiner anfänglichen Fehleinschätzung verführt haben. Die Tagesschau der ARD sowie andere Medien zitieren unterwürfig die JHU, wenn es um die Zahlen der Infizierten und Toten bei Covid-19 geht. Diese Zahlen lassen aber jede wissenschaftliche Redlichkeit vermissen, da alle Toten, bei denen das Virus nachgewiesen wurde, automatisch als Covid-19-Opfer geführt werden. Nur die Gerichtsmedizin könnte, wie schon beschrieben, die tatsächliche Todesursache feststellen. Laut Schätzung von Walter Ricciardi hingegen, Mitglied der WHO, sind in Italien nur 12 Prozent aller sogenannten Coronatoten an den Folgen von Covid-19 verstorben.¹⁹ Da stellt

sich die Frage, warum die JHU hier als wissenschaftliche Institution die berechtigten Ängste in der Bevölkerung noch schürt.

Die JHU als private Universität unterhält direkte Beziehungen zum Militär und zur US-Außenpolitik. Sie beherbergt auch die vom Investmentbanker Paul Nitze gegründete School of Advanced International Studies (SAIS). Nitze war in den 1950er-Jahren Marine- und stellvertretender Verteidigungsminister der USA und trat dann mit Ronald Reagan für die Stationierung der Mittelstreckenraketen in Westeuropa ein.²⁰ Eine JHU-Absolventin ist Madeleine Albright, Ex-Außenministerin. In einem Fernsehinterview 1996 beantwortete sie die Frage, ob das US-amerikanische Embargo gegen den Irak es wert gewesen sei, dass eine halbe Million irakischer Kinder das Leben verloren, mit ja: »Es ist diesen Preis wert.«²¹ Weitere prominente Abgänger des SAIS waren der Ex-US-Finanzminister Timothy Geithner, der Herausgeber der *Zeit*, Josef Joffe, die Bundestagsabgeordneten Niels Annen und Andreas Nick sowie mehrere deutsche Botschafter.

Zu Ehren des New Yorker Bankers und Medienmoguls Michael Bloomberg wurde 2001 die der JHU angegliederte JH School of Hygiene and Public Health in JH Bloomberg School of Public Health umbenannt. Die Agentur Bloomberg ist ein weltweiter Datenlieferant für Informationen der Wall Street. Der Milliardär Bloomberg – demokratischer Präsidentschaftskandidat 2020 – und die Bill & Melinda Gates Stiftung sind die bedeutendsten Geldgeber der JHU auf dem Gebiet der Gesundheit.²² Die Gates Foundation, die größte Unternehmensstiftung der Erde mit einem Budget von ca. 40 Milliarden Dollar, gründete 1999 an der JHU ein eigenes Institut, das Bill & Melinda Gates Institute for Population and Reproductive Health. »Es organisiert Familienplanung und ›sozialen Wandel‹ in 30 ausgesuchten Ländern vor allem Asiens, dann auch Afrikas, Lateinamerikas und des Mittleren Ostens. An der JHU werden Wissenschaftler von dort mit Stipendien bedacht, in ›strategischer Führerschaft‹ ausgebildet und dann in ihren Herkunftsländern als medizinische Führungskräfte eingesetzt«, schreibt der investigative Journalist Werner Rügemer.²³ Bei einer solch engen Zusammenarbeit mit dem Pentagon ist die Nähe zur CIA unausweichlich, besonders vor dem Hintergrund der »Operations Other Than War«.

Am 18. Oktober 2019 organisierte das JH-Center for Health Security in New York das dreieinhalbstündige Planspiel »Event 201«. Mitveranstalter waren die

Gates-Stiftung und das World Economic Forum. »Die Ausgangslage: Ein vom Tier auf Menschen übertragenes, neues und SARS-ähnliches Corona-Virus, aber aggressiver, breitet sich von Schweinefarmen in Brasilien in südamerikanische Großstädte aus, gelangt durch Flugreisende nach Portugal, in die USA und nach China und von dort in die ganze Welt. Im ersten Jahr ist noch kein Medikament verfügbar. Die Infizierten und Toten verdoppeln sich zunächst jede Woche, die wirtschaftlichen und sozialen Folgen werden immer heftiger. Ende des Szenarios: Nach 18 Monaten hat die Pandemie 65 Millionen Tote gefordert. Entweder ist nun ein Medikament gefunden oder 80 bis 90 Prozent der Erdbevölkerung werden noch dem Virus exponiert.«²⁴

Am Planspiel nahmen unter der Leitung von Tom Inglesby, Direktor des Center for Health Security, Vertreter folgender Akteure teil:

- ▶ der Bill & Melinda Gates Stiftung
- ▶ der Weltbank
- ▶ der Pharma- und Medizingeräte-Konzerne Johnson & Johnson sowie US Medical Group Henry Schein
- ▶ der Hotelkette Marriott
- ▶ des Logistikkonzerns UPS
- ▶ der Lufthansa Group Airlines
- ▶ der auf Politikbeziehungen und Risikoanalyse spezialisierten US-PR-Agentur Edelman
- ▶ des Medienkonzerns NBC Universal Media
- ▶ der zentralen US-Gesundheitsbehörde CDC
- ▶ sowie ein Ex-Direktor der CIA und Ex-US-Sicherheitsberater.²⁵

Die Zusammensetzung macht stutzig: Pharmakonzerne, Logistikunternehmen, PR-Agentur, Medienkonzern und CIA – namhafte Wissenschaftler aus den Bereichen Virologie und Epidemiologie (jener wissenschaftlichen Disziplin, die sich mit der Verbreitung sowie den Ursachen und Folgen derartiger Ereignisse beschäftigt) sucht man dagegen vergeblich. Zwei Monate später brach in Wuhan die Covid-19-Epidemie aus. »Dann relativierte die JHU die 65 Millionen Toten und die Nicht-Verfügung eines Medikaments: Es habe sich nicht um eine Voraussage gehandelt, sondern um eine Fiktion. Zwei Monate später gab die JHU bekannt: Wir haben den Covid-19-Test entwickelt.«²⁶

Neben den genannten Sponsoren Bloomberg und Gates wird die JHU auch von der Robertson-Stiftung des New Yorker Hedgefonds-Managers Julian Robertson (Tiger Management) und vom Open Philanthropy Project des Facebook-Mitgründers Dustin Moskovitz unterstützt. Auch die Economist Intelligence Unit gehört dazu. Sie ist Teil der Economist Group (wie die gleichnamige Zeitschrift), spezialisiert auf Analysen, Risikoberichte oder Wirtschaftsprognosen und erstellt auch Indizes und Rankings.

Die Titelseite des *Economist* Ende Dezember 2018 ist überschrieben mit »The World in 2019«. In einer Mischung aus okkulten Symbolik und Verweisen auf Manipulation und Kontrolle der Massen werden katastrophale Ereignisse verschlüsselt vorhergesagt – nicht eingeweihte Leser sind auf ihre Phantasie angewiesen.

Tatsächlich kommen angesichts der schweren Krisen an mehreren Fronten große Herausforderungen auf die Menschen zu, größer vermutlich als die im letzten Jahrhundert: Es gibt eine Blase am Aktienmarkt, eine auf dem Immobilienmarkt sowie eine Superblase bei

Anleihen. Es dürfte die insgesamt größte Blase in der Geschichte der Menschheit sein. Und nun auch noch eine globale Pandemie historischen Ausmaßes, finanzielle Instabilität und ein aus den Fugen geratener Aktienmarkt. Die verzweifelten Versuche, Billionen neuer Geldscheine zu drucken, die Zinssätze auf unter null zu senken und insolventen Institutionen aus der Patsche zu helfen, sind zum Scheitern verurteilt: All diese Tricks sind mittlerweile ausgereizt. Nun müsste aus dieser Blase vorsichtig die Luft herausgelassen und das ganze System neu aufgebaut werden. Ist die Coronakrise vielleicht die Fassade, hinter der u. a. der fällige Umbau des Finanzsystems auf Kosten der Sparer organisiert wird? Und sollen im Hintergrund unbemerkt die Weichen für die totale digitale Überwachung gestellt werden? Die Strategie ist aus den Militärpapieren bekannt: Erst Chaos erzeugen, dann unbemerkt die gewünschten Strukturen aufbauen.



Kryptische Andeutungen auf dem Cover des Economist (»Die Welt 2019«). Welche Bot-schaften sind hier an wen gerichtet?

Hoffnung machte am Beginn der Krise die sichtbare Hilfsbereitschaft der beiden im Fokus der US-Streitkräfte liegenden Staaten Russland und China. Trotz der über sie verhängten Sanktionen landeten russische wie auch chinesische Transportflugzeuge mit Hilfsgütern und -kräften in besonders von der Pandemie heimgesuchten Ländern, sogar in den USA. Das lässt auf eine friedlichere, menschlichere Welt hoffen. Die Spiegel-Autorin Christina Hebel vermutet allerdings hinter Putins Hilfe – getreu der antirussischen Propaganda – finstere Absichten. Vor allem werfe die Lieferung der Beatmungsgeräte Fragen auf, da die herstellende Firma mit Sanktionen belegt sei.²⁷

Die Corona-Propaganda

Am 12. April 2020, Ostersonntag, durfte sich Bill Gates in den *Tagesthemen* in einem fast zehnminütigen Interview über seine Vorstellungen der Zukunft auslassen: »Wir werden den zu entwickelnden Impfstoff letztendlich sieben Milliarden Menschen verabreichen, da können wir uns keine Probleme mit bedrohlichen Nebenwirkungen leisten – und doch werden wir die Entscheidung zum Einsatz eines neuen Impfstoffs auf einer geringeren Datengrundlage als sonst fällen, damit wir schnelle Fortschritte erzielen.« Die Billigung von kaum absehbaren Kollateralschäden ist mehr als zynisch – sie ist ein Fall für den Staatsanwalt.

Knapp zwei Wochen später, am 24. April, gab Bundeskanzlerin Angela Merkel per Videokonferenz den Startschuss für eine Geberkonferenz, geplant für den 4. Mai, an der für den Kampf gegen Covid-19 Gelder gesammelt werden sollten. Ihr Dank ging sogleich an die WHO und deren Aktivitäten sowie an die globalen Gesundheitsakteure, die ganz im Sinne des »Sustainable Development Goal Nummer 3« die Initiative ergriffen hatten: »Wir werden dieses Virus nur dann besiegen, wenn wir unsere Kräfte bündeln und eine schlagkräftige Allianz bilden. Die Gesundheitsakteure haben dies bereits getan, und wir sind von deutscher Seite aus bereit, dies politisch mit all unseren Kräften zu unterstützen. Ich bin auch der Europäischen Union sehr dankbar dafür, dass sie die Dinge auch mit in die Hand genommen hat.«²⁸

Merkel wies auf die Bedeutung eines Impfstoffs hin und auf die dafür noch zu schließende beachtliche finanzielle Lücke von acht Milliarden Euro – berechnet vom Global Preparedness Monitoring Board. An möglichst vielen Stellen der Welt sollen Produktionskapazitäten für den Impfstoff aufgebaut werden.

»Deutschland wird sich mit einem substanziellen Beitrag an dieser Konferenz beteiligen«, verkündete die Kanzlerin und verabschiedete sich von der »Familie«: »Herzlichen Dank, Tedros [Ghebreyesus, Generaldirektor der Weltgesundheitsorganisation, Anm. d. Verf.], dass Du heute die Initiative ergriffen hast. Herzlichen Dank, Emmanuel, herzlichen Dank, Ursula und Melinda Gates, für diese Initiative. Wir werden als Co-Host am 4. Mai mit dabei sein.«²⁹

Am 2. Mai 2020 vollbrachte die *Süddeutsche Zeitung* eine publizistische Meisterleistung. Während der Leser auf Seite eins mit der ungelösten Frage des Zickzack-Kurses der Bundeskanzlerin in der Seuchenpolitik beschäftigt wird, findet sich auf Seite 19 die Lösung in der Person von Melinda Gates. Auf einer ganzen Seite darf sie sich darüber auslassen, welche Auswirkungen ein Anruf von ihr bei der Bundeskanzlerin oder der Präsidentin der EU-Kommission hat. Bis hin zu der Frage, wie die Zwangsmaßnahmen zu lockern seien, »dürfen die deutsche und die europäische Amtsinhaberin den weisen Ratschlag einer Dame entgegennehmen, die ansonsten damit beschäftigt ist, die Geschicke der WHO maßgeblich zu beeinflussen, obwohl Staaten und nicht NGOs als Vertragspartner dieser Organisation beigetreten sind. So funktioniert »öffentlich-private-Partnerschaft« nach den Modellvorstellungen der Globalmilliardäre.«³⁰

Bill und Melinda Gates benutzten ihren unvorstellbaren Reichtum, um in jedem Winkel der Bereiche öffentliche Gesundheit, medizinische Forschung und Impfstoffentwicklung die Kontrolle zu erlangen. Wird nun dieser erfolgreiche Softwareentwickler ohne medizinische Ausbildung seinen Reichtum dazu nutzen, mithilfe staatlicher Repräsentanten die Kontrolle über das Schicksal von Milliarden von Menschen zu erlangen?

Deutschland beteiligt sich mit einem »substanziellen Beitrag« an der weltweiten Impfkation. Aus Humanität? Als im Frühjahr 2015 der UNHCR-Sekretär Peter Sutherland, ein Mann von Goldman Sachs, die Zuschüsse in den Flüchtlingslagern rund um Syrien von pro Person 30 Dollar auf 12 Dollar kürzte – das sind pro Person im Jahr 216 Dollar, für eine Million Syrer also 216 Millionen, im Vergleich zu den 8 Milliarden Kosten der Massenmigration eine geradezu lächerliche Summe – gab es keine Geberkonferenz, die skandalöse Kürzung der Mittel ging einfach unter. Dass sich die ohnehin geprüften Menschen unter blumigen Versprechungen der Schlepperindustrie dann auf den schweren Weg nach Deutschland machten, wo viele von ihnen heute noch ohne jegliche Pers-

pektive leben, war abzusehen. Geld für den Wiederaufbau in Syrien? Ebenfalls Fehlanzeige. Seit 2012 unterstützt die Bundesregierung nur die syrische Opposition – u. a. auch die berüchtigten Weißhelme (vgl. S. 372 ff.).

Ausverkauf der UN an die Konzerne?

Bei der Covid-19-Geberkonferenz am 4. Mai 2020 haben die EU und verschiedene europäische Regierungen insgesamt 7,4 Milliarden Euro Steuergelder für die globale Impfkation zugesagt. Zu den Gastgebern der Konferenz zählten neben der EU u. a. Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien, Großbritannien und Saudi-Arabien, das seit Dezember 2019 den Vorsitz der »G20« innehat. Als Partner waren die WHO, die Bill & Melinda Gates Foundation, die Impfallianz Gavi sowie die Weltbank dabei. Einen Großteil der Gelder sagten Deutschland und Frankreich zu. Die *Tagesschau* vom selben Tag erwähnte auch 100 Millionen Euro, welche die Gates-Stiftung spendete.

Über die Verteilung der Summen hörte man in der *Tagesschau* indes nichts. Wohl aus gutem Grund: Das Geld geht auf intransparente Weise an Organi-



Schnelle Milliarden für die Impffobby im Mai 2020. Bei der dramatischen Kürzung der UN-Flüchtlingshilfen im Frühjahr 2015 fand keine Geberkonferenz statt, weshalb sich die Verzweifelten nach Europa aufmachten. Im Bild Konferenzorganisatorin von der Leyen (re. unt.) und Kanzlerin Merkel

sationen, die von Bill Gates und dem Weltwirtschaftsforum finanziert werden. An dem Tag, als Merkel per Videoschleife ihre Bürger unterrichtete, starteten die global vernetzten Gesundheitsingenieure – WHO, Gates-Stiftung u. a. – schon die Global-Response-Initiative für den Kampf gegen das Coronavirus. Das sind Reaktionszeiten, wie man sie sonst in westlichen Demokratien nicht kennt. Ein Großteil der gesammelten Gelder wird u. a. an nachfolgende Organisationen gehen:

- ▶ die WHO, Hauptfinanzier: Bill & Melinda Gates Stiftung
- ▶ die Globale Allianz für Impfstoffe und Immunisierung (kurz: Gavi), Hauptfinanziers: Bill & Melinda Gates Stiftung, Weltbank und WHO
- ▶ die internationale Impfstoff-Initiative CEPI (Coalition for Epidemic Preparedness Innovation), Hauptfinanziers: die multinationalen Konzerne des Weltwirtschaftsforums (»Davos«)³¹

»Die Welt ist vereint gegen das Coronavirus und die Welt wird gewinnen«, sagte EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen.³² Wer ist denn die »Welt«? Wenn Regierungen Steuermilliarden für Gates und das Weltwirtschaftsforum einsammeln, haben die Konzerne global die Macht übernommen – Freiheit und Demokratie sind dann nur noch eine Farce. Allein 2020 erhielt der deutsche Impfstoffhersteller Biontech an die 400 Millionen Euro staatliche Fördergelder, während der ebenfalls deutsche Arzneimittelhersteller Biotest für die Erforschung einer medikamentösen Behandlung an Covid-19 Erkrankter leer ausging. Dabei ist noch völlig unklar, wie sich die Impfstrategie letztlich auswirkt. Impfstoff- und Präparateentwicklung hätten eigentlich die gleiche Priorität haben müssen.³³ Diese Kurzsichtigkeit im Denken wie im Handeln (Narrativ der Alternativlosigkeit) lässt sich nur politisch erklären: Eine erfolgreiche medikamentöse Behandlung wäre nicht so spektakulär gewesen und hätte dem Corona-Spuk ein rasches Ende bereitet.

Überhaupt scheint man sich bei der Bewältigung der Coronakrise wenig Mühe zu geben, den genauen Sachverhalt herauszufinden. Stattdessen werden Unsummen ausgegeben, um Parolen bestmöglich zu verkaufen. Am 12. April stellte Doris Schröder beim Bundesministerium für Gesundheit folgende Anfrage: »Welche PR-Agenturen beraten bzw. entwickeln die Kampagnen bzgl. Corona (SARS-CoV-2 bzw. Covid-19) die Bundesregierung bzw. Ihr Ministerium bisher? In welchem Umfang geschieht dies? Wer berät Sie inhaltlich?« Am 23. April kam die

Antwort: »Sehr geehrte Frau Schröder, die Unterstützung bei der Konzeption und Durchführung von Kommunikationsdienstleistungen erfolgt nach Durchführung einer europaweiten Ausschreibung seit 1. April dieses Jahres durch die Agentur Scholz & Friends Berlin GmbH in Berlin. Das Auftragsvolumen wurde zum Zeitpunkt der Ausschreibung auf 22.000.000 EURO für die Dauer von 4 Jahren geschätzt. In dem Jahr zuvor war der Auftrag an die Bietergemeinschaft KOMPAKTMEDIEN Agentur für Kommunikation GmbH & VALID Digitalagentur GmbH vergeben. Mit freundlichen Grüßen ...«³⁴

Der Autor konnte es erst kaum glauben und hielt die Anfrage für getürkt. Doch bei einem Blick auf die Homepage der Agentur (»Beste Deutsche Agentur bei den London International Awards«) fand sich unter »Wir sind das Orchester der Ideen« der Hinweis auf die bundesweite Mobilisierungs- und Informationskampagne für die Schutzmaßnahmen und die Aufklärung der Bevölkerung. »Die Kommunikation unter dem Hashtag #wirbleibenzuhause hat in wenigen Tagen eine Milliardenreichweite erzielt und eine beispiellose Unterstützung erfahren.«³⁵



Corona-Kampagne der Werbeagentur Scholz & Friends, von der Bundesregierung für 22 Mio. Euro in Auftrag gegeben

Die Kampagne wurde in den sozialen Medien gestartet und löste einen Dominoeffekt aus: Der Hashtag tauchte in TV-Sendern, auf Instagram, YouTube und Spotify auf; die deutschen Printmedien verwendeten ihn für ihre Posteraktion »Wir bleiben zuhause«. »Dazu gehört neben der Kampagne die tagesaktuelle Information über die sozialen Medien. Hierfür etablierte Cosmonauts & Kings ein digitales Lagezentrum, aus welchem neben den bestehenden Kanälen Facebook, Twitter und Instagram auch neue Angebote bei LinkedIn, Whatsapp, Telegram und Tiktok bespielt werden. Zu den Aufgaben gehört auch das permanente Monitoring der Social Media-Kommunikation, um schnell in Echtzeit auf Falschmeldungen und aktuelle Entwicklungen reagieren zu können«, heißt es auf der Website von Scholz & Friends. Mit »Falschmeldungen« sind wohl kritische Beiträge und Kommentare gemeint.

Weiter wird vermeldet, dass sich Kreativ-Geschäftsführer Markus Daubenbüchel, dermit seiner zehnjährigen Kampagnentätigkeit Werbegeschichte geschrieben hat, »nach dem erfolgreichen Abschluss dieser Phase neuen beruflichen Herausforderungen stellen« will.³⁶ Ausgerechnet zum Zeitpunkt eines millionenschweren Beratungsauftrags der Bundesregierung will das Aushängeschild der Agentur aussteigen – hat hier womöglich ein außergewöhnlich kreativer Mensch Skrupel bekommen?

Von der Wissenschaft sind in der Coronakrise noch keine eindeutigen Antworten gekommen. Auf der einen Seite des wissenschaftlichen Diskurses steht der inzwischen zum bekanntesten Wissenschaftler Deutschlands aufgestiegene Virologe Christian Drosten, auf der anderen sein Vorgänger an der Charité Berlin, Detlef Krüger. Der Seniorprofessor schätzt seinen Kollegen zwar, hält aber das Coronavirus für nicht gefährlicher als bestimmte Varianten von Grippeviren und vertritt eine eigene Meinung zu den gebräuchlichen Tests und zum Lockdown. Er äußert sich wesentlich vorsichtiger als Drosten: »Ich persönlich denke, dass hier gesamtgesellschaftlich aber so viele sich überschneidende Faktoren eine Rolle spielen, dass man natürlich Entscheidungen auf einer viel breiteren Basis aus den verschiedensten Bereichen von Wissenschaft und Gesamtgesellschaft treffen muss, als nur aufgrund des Rats einzelner Virologen. So würde ich – um allein bei der Medizin zu bleiben – hier auch mehr Infektions- und Intensivmediziner an Bord holen. Und wir haben gerade gelernt, dass auch Rechtsmediziner und Pathologen äußerst wichtige Einsichten vermitteln könnten.«³⁷ Krüger bekommt im Gegensatz zu seinem Nachfolger keine öffentliche Aufmerksamkeit – also ist sein Statement

nur bei der russischen Nachrichtenagentur *Sputnik* erschienen (und kann damit von den westlichen Medien rasch als unseriös abgetan werden). Sein Vorschlag einer vernetzten Wissenschaft und eines offenen Diskurses aber ist essenziell.

Ebenfalls kritisch zu den offiziellen Verlautbarungen äußert sich der Wissenschaftler Shiva Ayyadurai, der auf die Komplexität systemischer Zusammenhänge aufmerksam macht. Er studierte am Massachusetts Institute of Technology, hat einen doppelten Master in Informationsvisualisierung und Maschinenbau und in Bioengineering im Bereich Systembiologie promoviert. 2007 bekam er ein Fulbright-Stipendium zur Untersuchung der Integration der traditionellen indischen Siddha-Medizin in die moderne Systembiologie.³⁸ In seiner Firma Millennium Cybernetics entwickelt er Software zur automatischen Verwaltung von E-Mails.³⁹

In seinen Untersuchungen zur Systembiologie auf der Basis mathematischer Modelle fand Ayyadurai heraus, dass gentechnisch veränderte Sojabohnen mehr krebserregendes Formaldehyd und gleichzeitig weniger von dem Antioxidantium Glutathion enthalten als naturbelassene. Dieses Ergebnis war nicht im Sinn der multinationalen Agrarkonzerne, also wurde der Bericht u. a. von der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit zurückgewiesen. 2016 bot Ayyadurai Hillary Clinton 10 Millionen Dollar für ihren Präsidentschaftswahlkampf an, falls sie in der Lage sei, seine Forschungsergebnisse zu widerlegen.⁴⁰

Auch in der Coronakrise legt der unabhängige Forscher den Finger in die Wunde. In einem Interview vom 21. April 2020 kritisiert er nicht nur die Panik, sondern auch die Tatsache, dass Organisationen wie die Gates-Stiftung das Vorgehen in der Gesundheitspolitik diktieren.⁴¹ Der Systembiologe erklärt zunächst, dass jeder Mensch ohnehin eine wandelnde Keimfabrik sei, besiedelt von unzähligen Mikroorganismen und ausgestattet mit einem dynamischen Immunsystem. Ein geschwächtes Immunsystem sei in seiner Funktion beeinträchtigt und könne bei alten Menschen oder unter ungünstigen Bedingungen überreagieren. Dann würden nicht nur die Virenteilchen angegriffen, sondern auch das Zellgewebe. Die Wissenschaft habe sich immer weiter vom Erkennen komplexer Zusammenhänge entfernt; so werde zwar untersucht, wie zwei verschiedene Eiweiße miteinander reagieren, doch werde die systemische Dimension vernachlässigt. Die Behandlung erfolge nach dem Muster Symptom

– Medikament. Die Wechselwirkungen innerhalb eines ganzen Organismus seien indes kein Thema.

»Warum werden gesunden wie kritisch kranken Menschen mit beeinträchtigtem Immunsystem die gleichen Arzneien verschrieben und ganze Wirtschaftssysteme zerstört, was übrigens auch eine fundamentale Überreaktion ist?«, fragt Ayyadurai berechtigterweise. Längst sei unsere Gesellschaft strukturell nicht mehr gesund: »Wenn die öffentliche Gesundheit wichtig ist, dann sollte über das Übergewicht von 30 % der US-Bevölkerung und die Auto-Immunerkrankungen von 54 % der US-Jugendlichen gesprochen werden.« Der unselige Zusammenschluss und die Konsolidierung der großen Krankenhäuser und der Pharma-Großkonzerne sowie die Verschmelzung der Medien habe dazu geführt, dass eine überschaubare Gruppe von Menschen die Narrative kontrollieren kann – das sei nicht einmal eine Verschwörungstheorie. Ayyadurai verweist auf Noam Chomskys Publikation »Manufacturing Consent: The Political Economy of the Mass Media«. ⁴² Die Pflicht der Wissenschaft sei es, die Wahrheit zu vermitteln oder zumindest eine kontroverse Diskussionen über Forschungsergebnisse zuzulassen.

Für den Systembiologen ist die Krise der größte angsterzeugende Schwindel überhaupt. Das Ganze diene dazu, das Wirtschaftssystem zu zerstören – in den USA seien bereits 17 Millionen Menschen arbeitslos – und nach den Plänen von »Big Pharma« und der WHO den Epidemiediensten gesetzlich Arzneibehandlungen vorzuschreiben. »Big Pharma« verliere Jahr für Jahr viel Geld durch die steigenden Investitionen in Forschung und Entwicklung, zugleich seien die Zuschüsse rückläufig. Immer mehr Pharmaprodukte gerieten außerdem in die Kritik. Nun solle auf Impfstoffe gesetzt werden. Warum? Weil der Hersteller einer Arznei auf Schadensersatz verklagt werden könne – das wären rund 5 Mrd. US-Dollar über 13 bzw. 14 Jahre. Ein derartiges Risiko falle bei Impfstoffen nicht an, denn für sie gälten dieselben Regelungen wie für Biopharmaka. Impfstoffhersteller könnten nicht verklagt werden, und falls doch, dann nur vor einem von der US-Bundesregierung betriebenen Gerichtshof für Impfanlagen, wo wieder der Steuerzahler für alles aufkomme. Alles wieder kein Thema für die Medien!

Statt journalistisch zu arbeiten, verbreitet der *Spiegel* Propaganda im Auftrag der Reichen und Mächtigen – ohne Recherche und Beleg. Das Nachrichtenmagazin ist inzwischen beim Thema Corona nicht »Watchdog«, sondern PR-Plattform. Das wird anhand seiner Berichterstattung über die WHO besonders

The screenshot shows a web page from SPIEGEL NetzWelt. The main text discusses false information about Bill Gates and mentions a disclosure box. The disclosure box text is as follows:

Offenlegung: Die Bill & Melinda Gates Foundation (BMGF) unterstützt das SPIEGEL-Projekt Globale Gesellschaft über drei Jahre mit einer Gesamtsumme von rund 2,3 Mio. Euro. Unter dem Titel Globale Gesellschaft berichten Reporterinnen und Reporter aus Asien, Afrika, Lateinamerika und Europa. Die Stiftung hat keinerlei inhaltlichen Einfluss. Die Beiträge entstehen redaktionell unabhängig (zum FAQ).

Below the disclosure box, there is a caption: *Der Spiegel outet sich: Übermäßig wohlwollender Artikel über Bill Gates, darin eingebunden die Offenlegung, 2,3 Mio. Euro an Zuwendungen von dessen Stiftung erhalten zu haben (Onlinebeitrag vom 20. April 2020)*

augenfällig. Und dass Bill Gates, der de facto »Präsident« der WHO ist, den *Spiegel* auch noch mit mehr als 2 Millionen Euro unterstützt, setzt dem Berichterstattungstrauerspiel die Krone auf. ⁴³

Dass Bill Gates sieben Milliarden Menschen durchimpfen möchte, war für Ayyadurai keine Überraschung. Gates kenne sich mit Biologie überhaupt nicht aus, er habe nur ein Ziel: die Zwangsmedizin. Gates' Partner sind Hillary Clinton, Marc Zuckerberg und die großen Pharmakonzerne. Ayyadurai gibt Ungläubigen den Rat: Folgen Sie der Spur des Geldes! Es stünden weltweit sieben Billionen Dollar wiederkehrende Einnahmen pro Jahr für die Pharmaindustrie auf dem Spiel. Seine abschließende Frage lautet: »Haben Sie Bill Gates oder Marc Zuckerberg gewählt?« ⁴⁴

Am 25. April 2020 stellten Konstantin Demeter und Torsten Engelbrecht in ihrem erhellenden Artikel »Das Zitier-Kartell« jene Wissenschaftler vor, die Merkels Lockdown gutheißen: Sie alle sind in die Pharmalobby verstrickt. ⁴⁵

Voran Merkels Ehemann Joachim Sauer, der seit 1997 im Forschungsbeirat des Fonds der Chemischen Industrie sitzt. Es folgte 2007 die Mitgliedschaft in der Wissenschaftsakademie Leopoldina, deren Nähe zu Industrie und Politik auffällig ist. So ist kaum zu erwarten, dass die »altherwürdige« Akademie ein Thesenpapier vorlegt, das Merkels Lockdown-Politik grundlegend kritisiert. In ihrem dritten Ad-hoc-Thesenpapier vom 13. April forderte die Leopoldina, dass »die Forschung zu wirksamen Medikamenten und die Entwicklung von schnell und in großen Mengen verfügbaren Impfstoffen massiv vorangetrieben werden. Die Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina wird diesen Prozess eng begleiten.«⁴⁶ Seit 2008 ist Sauer Mitglied des pharmanahen Europäischen Forschungsrats (ERC), der zahlreiche Projekte für antivirale Medikamente und Impfungen gegen das Coronavirus fördert. Die von der Pharmaindustrie durchdrungenen Netzwerke machten 2019 auch die Wahl des Nanowissenschaftlers Mauro Ferrari zum neuen ERC-Präsidenten möglich, obwohl er Sitz und Stimme im Verwaltungsrat der kalifornischen Firma Arrowhead Pharmaceuticals hatte.

Daniele Ganser macht in seinem neuen Buch »Imperium USA: Die skrupellose Weltmacht« deutlich, dass für die Regierenden nicht das Wohl der Bevölkerung, sondern Kapitalinteressen im Vordergrund standen und stehen. Sein Tipp: »Man sollte keinen Autoritäten glauben – also weder der WHO, noch Bill Gates, noch der deutschen Bundeskanzlerin.«⁴⁷ Jeder solle sich selbst die Frage stellen: Was tue ich für meine Gesundheit? Ängste schwächten nachweislich unser Immunsystem. Doch sie würden von den Medien regelrecht geschürt, mit Bildern von Särgen in Turnhallen und Kühl-Lkws oder Meldungen von Massengräbern im Central Park. Ganser ist der Ansicht, dass unser Geist absichtlich verwirrt wird: »Wir werden nicht darauf hingewiesen, dass sehr oft Ängste auch erzeugt werden und dass diese Ängste dazu dienen, die Menschen zu lenken wie Schafe.«⁴⁸ Er rät, in Phasen der Hoffnungslosigkeit hinaus in die Natur zu gehen und sich an ihrer Schönheit zu erfreuen oder sich auf seine Atmung zu konzentrieren und so das innere Gleichgewicht wieder herzustellen.⁴⁹

»Wir brauchen eine positive Vision für das 21. Jahrhundert«, schreibt Elisa Grati. »Weniger Gewalt – gegenüber Menschen und Tieren – und weniger Vergiftung und Zerstörung der Natur. Die Corona-Krise kann hier vielleicht als Katalysator wirken, der uns zeigt, dass nichts selbstverständlich und alles möglich ist. Kultivieren wir unsere Achtsamkeit ... Lernen wir, wirklich an den Frieden zu glauben, denn dann erschaffen wir ihn auch.«⁵⁰

Daniele Ganser hat allzu unbequeme Fragen gestellt, sonst wäre er heute noch Professor. Unermüdlich setzt er sich für einen gerechten Frieden in der Welt ein. Zu viele halten ihn für nicht verwirklicht. Aber das ist ein gefährlicher, defätistischer Glaube, denn es ließe uns folgern, dass der Krieg unvermeidlich und die Menschheit zum Untergang verurteilt sei, dass wir uns in der Gewalt von Kräften befänden, die wir nicht kontrollieren können. Doch das stimmt nicht. »Unsere Probleme sind von Menschen geschaffen, deshalb können sie auch von Menschen gelöst werden. Die Größe, die der menschliche Geist erreichen kann, bestimmt der Mensch selbst.«⁵¹

Wie im Krieg: »EUvsDisinfo«, die Desinformationskampagne der EU

Als 1914 das große Gemetzel begann, musste der Widerstand der Bürger gegen den Krieg gebrochen und eine Identifikation mit den Kriegszielen geschaffen werden: die Verteidigung gegen einen gefährlichen Feind, den Barbaren.⁵² Das weckte Ängste – und war die Geburtsstunde der staatlich organisierten Angstpropaganda, die sich in Teilen zur Gräuelpopaganda auswuchs. Federführend waren damals Briten und US-Amerikaner, sie sind es bis heute. Doch auch wenn der Begriff Propaganda ersetzt wurde durch Marketing, Promotion, Pu-



EU-Schnellwarnsystem für angebliche Desinformation: nur die offizielle Meinung soll gelten

blic Relations oder Publicity, bleibt es trotzdem Werbung und im politischen Sinn Meinungsmache. Und dazu gehört vor allem die Diffamierung kritischer Aufklärungsversuche und Tatsachenberichte als gegnerische Propaganda.

Der englische Philosoph John Stuart Mill (1806–1873) verwies schon Mitte des 19. Jahrhunderts auf veränderte Beziehungen zwischen Volk und Regierung: »Die Masse schöpft ihre Meinungen gegenwärtig nicht durch Würdenträger der Kirche oder des Staats, aus Führern oder Schriften, die über das Gewöhnliche hervortragen. Für ihre Denkarbeit sorgen Männer von so ziemlich demselben Schlage, die unter dem Antriebe des Augenblicks durch die Zeitungen zu ihnen reden.«⁵³ Gegen kritische Publizisten wurde entsprechend vorgegangen, man denke etwa an Karl Marx und Heinrich Heine. Heute reden die »gefährlichen« Leute nicht mehr durch die Zeitung – ihr Forum sind die sozialen Netze und alternativen Medien. Um die dort verbreitete »Desinformation« wirksam zu bekämpfen, hat die EU die Abteilung Strategische Kommunikation und Informationsanalyse des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD, engl. EEAS) installiert. Sie soll Desinformation – vor allem »Propaganda« aus Russland und China – durch »Aufdeckung« entgegenwirken und sie bekämpfen. Seit dem Covid-19-Ausbruch arbeitet der EAD eng mit der Europäischen Kommission, den EU-Ländern und auch mit internationalen Partnern (G7, NATO und nichtstaatlichen Akteuren) zusammen. Die Erkenntnisse werden mit den EU-Institutionen und den Mitgliedstaaten in Echtzeit ausgetauscht, unter anderem über das »Schnellwarnsystem für Desinformation«.⁵⁴ Diese Art von Zensurdienstleistung wird mit Millionensummen aus Steuergeldern finanziert.

Mitte März 2020, als deutlich wurde, dass Deutschland von der Covid-19-Pandemie noch schlimmer erasst werden würde als China, begann die jüngste Negativkampagne gegen China. Experten wiesen darauf hin, dass es wegen des absehbaren ökonomischen Einbruchs im Westen unter Umständen gestärkt aus der Coronakrise hervorgehen könne, und bald begannen westliche Leitmedien sowie einige Politiker, China als »Verursacher der Krise« hinzustellen, schließlich habe die Covid-19-Pandemie ihren Ursprung in Wuhan. Daraufhin sah sich der Vorsitzende des renommierten Londoner Think Tanks Chatham House, Jim O'Neill, veranlasst, daran zu erinnern, dass bei der globalen Finanzkrise 2008 kaum jemand den USA die Alleinschuld gegeben habe, obwohl die Krise eindeutig von dort ausgegangen sei und viele Länder weltweit schwer geschädigt habe. O'Neill wirft denjenigen, die nun China die Schuld an der

Pandemie zuschieben, »doppelte Standards« vor.⁵⁵ Er empfehle, so die Website *German-foreign-policy.com*, die Schuldzuweisungen umgehend einzustellen und stattdessen den Kampf gegen das Covid-19-Virus gemeinsam zu führen.⁵⁶ Eine idealistische Vision!

Während im Krieg sogar Feuerpausen zur Bergung von Verwundeten verabredet wurden, geht hier trotz des weltweiten Corona-Angriffs der Krieg zwischen den Systemen weiter. Eines der Hauptgeschütze bedient die eigens geschaffene EU-Stelle (»East StratCom Task Force«) mit der Website EUvsDisinfo (EU gegen Desinformation). Dort werden Versuche »chinesischer Quellen«, sich gegen die Anschuldigungen zu verteidigen und auf Chinas Hilfe und Kooperation zu verweisen, als Desinformation verleumdet. »Interessante Zuordnungen finden sich auch bezüglich der EU-Sanktionen gegen Syrien.« Demnach mache sich, wer behauptet, »die Sanktionen »lähmten das Gesundheitssystem« des Landes, und das wirke sich negativ auf den Kampf gegen die Pandemie aus«,⁵⁷ gleichfalls der Desinformation schuldig. Die Unterdrückung des anderen Standpunkts, der anderen Meinung ist der Tod jeder Demokratie. Das Austragen von Kontroversen ist geradezu das Kennzeichen einer demokratischen Gesellschaft, auch in der Wissenschaft. Der emeritierte britische Pathologieprofessor John Lee argumentiert, es brauche eine robuste und evidenzbasierte Debatte, um »große Fehler« zu vermeiden. Viele der von Regierungen und Medien verwendeten Zahlen seien nicht zuverlässig gewesen.⁵⁸

Wer also meint, die Bürgerinnen und Bürger der westlichen Demokratien seien dank der sogenannten Pressefreiheit gegen Propaganda und Desinformation gefeit, hat noch nicht begriffen, dass dort die Einflussnahme lediglich raffinierter und subtiler erfolgt als in Diktaturen. Ein Beispiel: Am 28. April 2020 kritisierte der stellvertretende FDP-Vorsitzende und Vizepräsident des Bundestags Wolfgang Kubicki das Robert Koch-Institut und seinen Präsidenten Lothar Wieler wegen der regelmäßig verbreiteten Corona-Zahlen scharf. Gegenüber der *dpa* sagte er, diese Werte »vermitteln eher den Eindruck, politisch motivierte Zahlen zu sein als wissenschaftlich fundiert«. Kubicki wies insbesondere auf die Reproduktionszahl hin, die nach RKI-Angaben bundesweit von 0,9 auf 1,0 gestiegen sei. Dieser R-Wert gibt an, wie viele Menschen ein Coronavirus-Infizierter im Durchschnitt ansteckt. Ein Wert unter 1,0 signalisiert, dass die Pandemie im Abflauen begriffen ist. Für Kubicki war nicht nachzuvollziehen, dass Ministerpräsident Markus Söder für Bayern, das Land mit den meisten

Infektionen, einen R-Wert von 0,57 verkündete, während das RKI bundesweit einen Wert von 1,0 meldete. Dieses fragwürdige Zahlenspiel werde noch dadurch verstärkt, dass die vom Helmholtz-Zentrum und der TU Ilmenau ermittelten Werte deutlich von den Schätzungen des RKI abwichen: »Der R-Wert des RKI steigt ausgerechnet zur Konferenz der Kanzlerin mit den Ministerpräsidenten, bei der vor weiteren Lockerungen gewarnt werden soll.«⁵⁹

Am Morgen des 29. April war Kubickis Aussage nur in einem angesehenen Qualitätsmedium zu finden, dem *Focus*. Alle anderen Publikationsorte – bis auf Nordbayern.de – werden allgemein als Desinformationsquellen eingestuft.⁶⁰ Am Tag zuvor hatte sogar Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) mahnende Worte zur Corona-Lage gefunden und vor Eingriffen in die Grundrechte gewarnt. Er gab zu bedenken: »Aber wenn ich höre, alles andere habe vor dem Schutz von Leben zurückzutreten, dann muss ich sagen: Das ist in dieser Absolutheit nicht richtig.«⁶¹ Denn der Tod sei eben Bestandteil eines jeden Lebens.

Eine Woche früher schon, am 22. April, hatte *Bild* den Beitrag »Etwas Normalität im deutschen Bundestag!« veröffentlicht. Darin wurde Gesundheitsminister Spahn gelobt, sich offen wie nie zu den umstrittenen Corona-Regeln geäußert zu haben: »Ich bin mir sicher, jenseits von Politik wird auch für die Gesellschaft, selbst für Virologen und Wissenschaftler, eine Phase kommen, wo wir alle feststellen werden im Nachhinein, dass man vielleicht an der einen oder anderen Stelle falsch gelegen hat oder an der ein oder anderen Stelle Dinge dann nochmal korrigieren oder nachsteuern muss.«⁶² Wahrscheinlich müssten sich die Menschen »in ein paar Monaten« gegenseitig »viel verzeihen«.

Neuorientierung beim Springer-Verlag

Am 28. April versetzte der Bild-Chefredakteur Julian Reichelt sein Publikum mit einer sensationellen Videoerklärung in Erstaunen. Ob die in der Corona-Krise getroffenen Maßnahmen »richtig oder falsch, maßvoll oder überzogen sind, werden wir erst aus den Geschichtsbüchern erfahren«, meinte er. Vollkommen offen sei es, ob »wir auf Corona als Gesundheitskatastrophe oder als Zusammenbruch unserer Wirtschaft zurückblicken« werden. Es sei keinesfalls gewiss, dass richtig ist, »was gewaltige Mehrheiten für richtig halten«. Es gebe keine Herdenimmunität gegen Fehleinschätzungen, stellte Reichelt fest, denn »nahezu alle Experten, de-

nen wir uns in dieser Krise anvertrauen müssen, lagen in nahezu jeder Einschätzung so falsch, dass sich unser Glaube an sie nur noch mit Verzweiflung erklären lässt«. Dann folgte der Vorwurf an die Politiker: »Sie haben das Tragen von Masken nahezu verhöhnt, nun ist es Pflicht, sie haben davor gewarnt, Schulen und Kitas zu schließen, nun sind Millionen Kinder seit Wochen zu Hause. Sie haben es als nutzlos abgetan, die Grenzen abzuriegeln, nun kommt niemand mehr ins Land [ausgenommen der Shuttle-Service für Migranten, Anm. d. Verf.].« Weiter kritisierte Reichelt das Robert Koch-Institut, »welches davon abriet, Corona-Tote zu obduzieren, nun geschieht es trotzdem, und Rechtsmediziner sagen, dass bei weitem nicht alle Toten an Corona gestorben seien.«⁶³

Die meisten Sorgen machte sich Reichelt um die Wirtschaft, die jetzt so massiv und teilweise irreparabel geschädigt sei, »dass unsere Regierung kaum noch zugeben kann, in ihrer Schärfe überzogen zu haben. Die Experten müssen Recht behalten, weil sie nicht falsch liegen dürfen.« Den Ruin der deutschen Wirtschaft würde kaum eine Partei, vielleicht nicht einmal die Demokratie überleben: »Deswegen erleben wir zunehmend Sturheit, Starrsinn und Rechthaberei. Erinnert mich an die Flüchtlingskrise, sagte mir ein Mitglied aus Merkels Regierung. Die Kanzlerin bezichtigt jeden Zweifler an der Öffnungsdiskussionsorgie, raunt davon, manche würden zu forschen handeln, ohne zu sagen, was sie genau meint.« Abschließend erinnerte er an die Warnung Schäubles vor zu großen Eingriffen in die Grundrechte und unterstrich den absoluten Wert des Grundgesetzes: Die Würde des Menschen sei unantastbar, aber sie schließe nicht aus, dass wir sterben müssen. Die Demokratie zeichne sich im Gegensatz zu den Ideologien mit ihrem Absolutismus darin aus, dass sie auch die unbequemsten Debatten aushalte. »Das einzige, was in der Demokratie alternativlos ist, ist die Debatte.« Werde diese aber verhindert, mache sich die Demokratie überflüssig. Der Bild-Chefredakteur als Verteidiger der Demokratie?

Am 16. April 2020 bereits hatte sich Reichelt mit einem Offenen Brief und per Video an den chinesischen Präsidenten Xi Jinping gewandt. Er war die Antwort auf einen Brief der chinesischen Botschaft vom Vortag an den Chefredakteur, weil *Bild* die Frage aufgeworfen hatte, ob China für den gigantischen wirtschaftlichen Schaden aufkommen sollte, den das Coronavirus derzeit weltweit anrichtet. In diesem Schreiben hieß es: »Erlauben Sie mir zum Schluss noch eine persönliche Bemerkung: Wir betrachten den Stil, in dem Sie in Ihrer heutigen Berichterstattung auf der Seite 2 gegen China »zu Felde ziehen«, als infam. Ihr Bericht entbehrt nicht nur ganz wesentlicher Fakten und genauer Zeitabläufe, sondern auch eines Mindestmaßes



BILD-CHEF SCHREIBT AN CHINAS STAATSCHEF

„Sie gefährden die ganze Welt“

敬的习近平主席，贵国在柏林的大使馆给我写了一封公开信，因为我们在《图片报》中提出了一个问题，即中国是否应该为新冠病毒目前在全球范围内造成的巨大损失承担责任。贵方大使馆称其为“卑鄙无耻”，并指责我“煽动民族主义”。对此，让我说几件事。

Quelle: BILD 2:54 Min.

Chefredakteur Julian Reichelt in der Pose des UN-Chefanklägers (Video vom 16. April 2020 – mit chinesischen Untertiteln)

an journalistischer Sorgfaltspflicht und Fairness. Wer so aufrechnet, wie Sie das mit der BILD-Zeitung von heute tun, schürt Nationalismus, Vorurteile sowie Fremden- und Chinafeindlichkeit. Es wird weder der traditionellen Freundschaft zwischen beiden Völkern noch einem seriösen Verständnis von Journalismus gerecht.«⁶⁴

Reichelts Antwort an den chinesischen Präsidenten ist in weit weniger höflichem Ton gehalten. In Punkt 1 greift er ihn sogleich direkt an: »Ohne Überwachung wären Sie nicht Präsident.« Nach einer Aufzählung aller bekannten Sünden Chinas – Unrecht, Unfreiheit, Ideenklau usw. – kommt er in Punkt 5 zu dem Schluss: »Ich glaube, dass Corona über kurz oder lang Ihr politisches Ende bedeutet.«⁶⁵ Was für eine Arroganz gegenüber dem Präsidenten eines so großen Landes! Reichelt hätte lieber das alte Sprichwort »Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen« berücksichtigen sollen. Denn nach Aussage des

ehemaligen SPD-Ministers Andreas von Bülow wurde die *Bild*-Zeitung einst mit sieben Millionen Dollar Startkapital von der CIA gegründet, seither sei sie das Sprachrohr der US-Regierungen.⁶⁶ Allein in den sogenannten »Kriegen gegen den Terror« hätten die USA unzählige Kriegsverbrechen begangen – einschließlich Verschleppung, Folter und Drohnenmorden, so Bülow. Der Internationale Strafgerichtshof habe Ermittlungen gegen die USA aufgenommen. Und der Vorwurf des Ideenklau fällt Herrn Reichelt ebenfalls auf die Füße: Von der technischen Industrialisierung Englands im 19. Jahrhundert holte sich Deutschland die Ideen, die größte Kriegsbeute der USA nach 1945 waren die deutschen Patente, und mit der Operation »Paperclip« wurden die deutschen Wissenschaftler in die USA verbracht.⁶⁷ Bis heute werden deutsche Unternehmen von US-Diensten ausgeforscht und wichtige Daten abgesaugt. China hingegen hat trotz seines schlechten Rufs als »Weltmeister im Kopieren« in den vergangenen 5000 Jahren alle möglichen Erfindungen selbst hervorgebracht.

Über Reichelts Chinaangriff berichteten *Radio France Internationale*, *Radio China International*, die *World Socialist Web Site* oder auch die *Jerusalem Post*. Die beiden Videos Reichelts, die nur zwölf Tage auseinanderliegen, sind scheinbar schwer miteinander zu vereinbaren: US-konforme Kritik am feindlichen China und Opposition gegen die Lockdown-Politik der Bundesregierung – Richtungswechsel oder Finte? – Weder noch. Reichelt propagiert Trumps Kriegsvorwände gegen China und befördert gleichzeitig die Wirtschafts- und Finanzinteressen der US-Oligarchen, die nur absahnen können, wenn in Europa die Wirtschaft brummt.

Am 1. Mai stellte *Bild* die Frage, ob das Coronavirus in einem chinesischen Labor entstand. Der Medienkrieg gegen China ging weiter. *Bild* ist ein Sprachrohr Trumps und seines Geheimdienstleiters, des ehemaligen US-Botschafters in Deutschland, Richard Grenell. Der Axel Springer Verlag ist seit Ende 2019 noch enger an die US-Oligarchie gebunden als vorher: Der große börsennotierte Finanzinvestor KKR mit Sitz in Manhattan hält beim Berliner Medienkonzern, zu dem auch *Die Welt*, *N24 Doku* oder *Business Insider* gehören, inzwischen die Mehrheit.⁶⁸ Die Beteiligungsgesellschaft KKR betreibt das Leveraged-Buyout-Geschäft, kurz LBO. Das sind Unternehmensübernahmen, die überwiegend durch Fremdkapital finanziert werden. Firmen mit diesem Geschäftsmodell bezeichnet man gemeinhin als Heuschrecken, da sie die übernommenen Firmen oft lediglich ausschlachten. Henry Kravis, einer der Gründer von KKR, ist Republikaner und hat Trumps Wahlkampf unterstützt, man kann also bei

ihm eine Nähe zu Trumps politischen Zielen vermuten. Mit der Mehrheit am Axel-Springer-Konzern verfügt KKR nun über eine gewaltige Medienmacht in Deutschland. Wie diese Macht über die öffentliche Meinung genutzt werden wird, darüber kann nur spekuliert werden.

Spekulieren lässt sich auch darüber, ob das Virus ursprünglich aus den USA oder aus China kommt, ob es natürlichen Ursprungs ist oder im Labor erzeugt wurde. Der Sichtweise Trumps widersprechen die US-Kriegsveteranen. Die Webseite *Veterans Today* nutzt ihr *Military Veterans and Foreign Affairs Journal* für kritische Auseinandersetzungen mit der US-Regierung. Das hat den Veteranen den Vorwurf eingebracht, krenlfreundlich zu sein, und erinnert an die McCarthy-Ära Anfang der 1950er-Jahre, die durch einen lautstarken Antikommunismus und abstruse Verschwörungstheorien geprägt war, auch bekannt als Second »Red Scare«.

Veterans Today hat die in das Jahr 2015 zurückgehende wissenschaftliche Arbeit »A SARS-like Cluster of Circulating Bat Coronaviruses Shows Potential for Human Emergence« (Eine SARS-ähnliche Anhäufung zirkulierender Fledermaus-Coronaviren zeigt Potenzial für menschliches Entstehen) öffentlich gemacht.⁶⁹ Danach begann die Forschung zur Erschaffung von Covid-19 2006 in den Vereinigten Staaten und gipfelte 2015 in einer erfolgreichen Biowaffe. Die Arbeiten wurden an der University of North Carolina, in Harvard und im Labor der Food and Drug Administration, der US-Arzneimittelbehörde, durchgeführt. Es ging um die Untersuchung des Krankheitspotenzials eines SARS-ähnlichen Virus, SHC014-CoV, das damals in chinesischen Hufeisennasen-Fledermaus-Populationen zirkulierte. Die Experimente mit dem Virus führten in der Lunge der Fledermaus zu bemerkenswerter Krankheitsentwicklung. Sowohl monoklonale Antikörper (immunologisch aktive Proteine) als auch Impfstoffansätze konnten das neuartige »Spike-Protein« nicht neutralisieren und vor einer Infektion mit CoVs schützen. »Unsere Arbeit«, heißt es in der Zusammenfassung, »deutet auf ein potenzielles Risiko des Wiederauftretens von SARS-CoV durch Viren hin, die gegenwärtig in Fledermauspopulationen zirkulieren«.⁷⁰ Anstatt gemeinsam an der Aufklärung zu arbeiten, um die Bedrohung durch das Virus schnellstmöglich zu minimieren, verlor man sich lieber weiter in wechselseitigen Schuldvorwürfen. Der römische Philosoph Cicero rät in derartigen Fällen zu der Frage: Cui bono? – Wem nutzt es?

Da die chinesische Führung das Strategiepapier Tradoc 525-3-1 sicherlich kennt, wäre ein Präventivkrieg vorstellbar. Sie wird wohl einen Ratschlag ihres Militärphilosophen Sun Tzu (544–496 v. Chr.) beherzigen: Die größte Leistung besteht darin, den Widerstand des Feindes ohne einen Kampf zu brechen, also z. B. mit einer Kriegslist anzugreifen, indem man das Schwert in der Scheide lässt. Der Einsatz von Covid-19 würde in das Konzept Sun Tsus passen. Die USA haben auch einen Militärphilosophen, Homer Lea (1876–1912). Er kämpfte in den chinesischen Freiheitskriegen auf der Seite des Revolutionärs und späteren Staatsmanns Sun-Yat-sen. Lea formulierte ein zutreffendes Axiom: »Wenn die Ausbeutung natürlicher Reichtümer durch eine militärisch schwache Nation die Entwicklung militärisch stärkerer Nationen hindert, dann wird der Krieg ausbrechen, sobald die wirtschaftlichen Notwendigkeiten der militärischen Reichtümer nicht mehr gedeckt sind.«⁷¹ Diese Situation trifft heute auf die USA durchaus zu.

Seit Bestehen der Vereinigten Staaten haben es die amerikanischen Regierungen verstanden, ihre Kriege als Feldzüge für »Frieden, Menschlichkeit und Freiheit« zu deklarieren und geschickt als Intrigenspiele zu inszenieren. Der amerikanische Historiker John Denson deckt in seinem Buch »Sie sagten Frieden und meinten Krieg: Die US-Präsidenten Lincoln, Wilson und Roosevelt«⁷² die Kriegsgründe, -motive und -ziele auf, »die immer eher in den Expansionen der amerikanischen Herrschaft und den Wirtschaftsvorteilen zu erkennen waren als bei dem Engagement für Menschenrechte, Demokratie und Frieden. Es ging dabei kaum um Ideale. Es ging fast immer um Interessen.«⁷³

Daher werden die USA heute oft mit dem antiken Römischen Reich verglichen. Doch gemäß der Devise »Vor den Kugeln kommen die Dollars« versuchen die USA zunächst, die Staaten zu kaufen, und sehen den Krieg nur als letztes Mittel. Für Rom ging es bei den Eroberungen lediglich um politische Herrschaftserweiterung, für das kapitalistische Amerika hingegen ist die Expansion lebenswichtig. So zieht es sich wie ein roter Faden durch Amerikas Geschichte, dass Kriegsanhänge fingiert und die Gegner so lange provoziert wurden, bis sie den »ersten Schuss« abgaben. Das war erst einmal gut für die Regierung, denn so wurde das amerikanische Volk mit dem Spruch »Man hat auf unsere Fahne geschossen« augenblicklich kriegsbereit, und die USA sahen später in den Geschichtsbüchern besser aus. China hat in seiner jüngeren Geschichte andere Erfahrungen machen müssen, zwei Opiumkriege im 19. Jahrhundert, der von

den Westmächten 1900 niedergeworfene Boxeraufstand, dann der Einmarsch der Japaner und die Einflussnahme durch die USA.

Das alles dürfte nicht vergessen sein. In den letzten Jahren haben sich China und auch Russland im Vergleich zu den USA sehr zurückhaltend gezeigt. Während die USA drohen und Sanktionen verhängen, wenden sie Diplomatie an. Die USA drängen und provozieren vom Südchinesischen Meer über Taiwan bis nach Hongkong, von Venezuela bis zum Iran und zum Schwarzen Meer. Ein winziger Fehler in den iranischen Hoheitsgewässern oder im Südchinesischen Meer, und die zerbrechliche Waffenruhe könnte kippen. Im 21. Jahrhundert hat die westliche Welt das aggressive Verhalten Washingtons toleriert. Nun könnte wegen Covid-19 ein weltweiter wirtschaftlicher und finanzieller Zusammenbruch ins Haus stehen. Da liegen in fast allen Ländern die Nerven blank.

Anwachsen der Staatsverschuldung durch Corona

Die Staatsverschuldung hat wie das Coronavirus weltweit Länder und Systemgrenzen überwunden und mittlerweile alle Industriestaaten infiziert. Während die Pandemie unter Aufbietung aller Kräfte bekämpft wird, versuchen sich die Staaten mit immer neuen Krediten gegen den Kollaps ihrer Wirtschaft zu immunisieren. Die Schuldenkrise wird durch neue, immer größere Schulden bekämpft, somit ist der nächste größere Crash vorprogrammiert. Diese kaum vorstellbare Steigerung der Staatsschulden zerstört bei vielen Bürgern das Vertrauen in das Geldsystem. Sie ängstigen sich zu Recht um angespartes Vermögen, ihre Renten und die Zukunft ihrer Kinder und Kindeskinde, die diese Schuldenlast kaum werden tragen können.

So gibt es in der Tat eine Korrelation zwischen Staatsverschuldung und dem Coronavirus. Den Politikern geht es um nur um das Hier und Heute. Diesen Zusammenhang erläutert der deutsche Journalist und Medienberater Gabor Steingart in seinem Podcast »Morning Briefing« vom 15. April 2020: *»In den USA haben sich Republikaner und Demokraten auf umfangreiche Finanzhilfen geeinigt. Insgesamt fallen über zwei Billionen US-Dollar an – es ist das bislang größte Rettungspaket der US-Geschichte. Die Geldschöpfung durch die Notenbank ist in diesen Rechnungen nicht berücksichtigt. In der Eurozone haben sich die Finanz-*

minister bislang auf ein 500 Milliarden Euro schweres Rettungspaket geeinigt, das Kredite für kleine wie auch mittelständische Unternehmen sowie in Schwierigkeiten geratene Staaten vorsieht. Gestritten wird noch über weitere Maßnahmen wie die Auflage sogenannter Eurobonds, auch wenn die Namen dafür wechseln. EU-Kommissionsvize Valdis Dombrovskis stellte eben einen »Wiederaufbaufonds« in Höhe von 1,5 Billionen Euro zur Diskussion.«⁷⁴

In den USA tragen die Richtlinien zur Lockerung der Corona-Maßnahmen die Überschrift »Opening Up America Again« (Amerika wieder öffnen). Das ist eine Anspielung auf Trumps Wahlkampfeslogan »Make America Great Again«. Und auf den Schecks der Direkthilfen für Steuerzahler stehen Trumps Insignien, was mitten im Präsidentschaftswahlkampf von den Demokraten kritisiert wird. Darauf entgegnete Trump: *»Ich bin mir sicher, dass sich die Menschen sehr freuen werden, einen großen, fetten Scheck zu bekommen, und mein Name steht darauf.«⁷⁵* Da dürfte er Recht haben. Auch die Aussetzung der Einkommensteuer bis Ende 2020 sollte Trump Sympathien einbringen.

Fahrlässiger Umgang mit suspekter Datenbank

Auf der fieberhaften Suche nach Behandlungsmöglichkeiten kamen im Frühjahr 2020 Meldungen und Gegenmeldungen über die Wirksamkeit des Malaria-Medikaments Hydroxychloroquin bei Coronafällen. Die einen beschworen die Wirksamkeit, während andere es für wirkungslos hielten. Der Streit schien entschieden, nachdem das renommierte Wissenschaftsmagazin *The Lancet* am 22. Mai ein Gutachten veröffentlichte, das die Schädlichkeit von Hydroxychloroquin nachwies (signifikant mehr Tote als bei der Einnahme von Placebos). *»Nunmehr hagelte es Anwendungsverbote«,* schrieb der deutsche Jurist und Publizist Helmut Roewer, *»bereits laufende einschlägige Versuchsreihen der WHO wurden abrupt gestoppt und die deutschen Corona-Kardinäle verlautbarten, das Mittel käme, obwohl die Firma Bayer es kostenlos zur Verfügung stellen wollte, in Deutschland nicht in Frage.«⁷⁶* Der Streit um dieses bewährte Malariamittel, das im frühen Stadium der Erkrankung zusammen mit einer leichten Antibiotikadosis eingesetzt wurde, fand vor allem deshalb Beachtung, weil auch US-Präsident Trump die Verwendung befürwortete. Mit dem vernichtenden Gutachten konnten ihn seine Gegner als unfähig, ahnungslos und dazu noch als gefährlich darstellen.⁷⁷

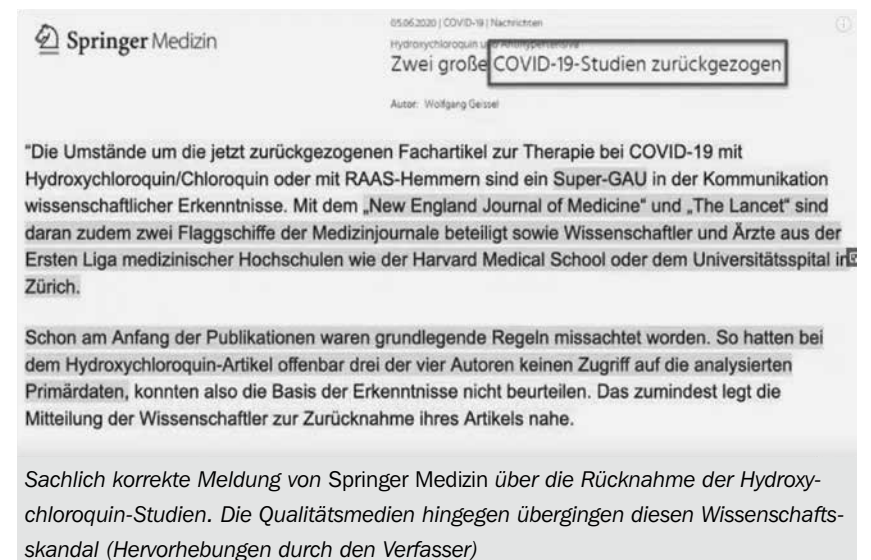
Bald zeigte sich jedoch, dass die mit den Hydroxychloroquin-Versuchen befassten Mediziner in Frankreich trotz des Verbots nicht gewillt waren, den Behandlungsweg zu verlassen. Mit der Veröffentlichung ihrer Ergebnisse stellten sie zugleich die bei *The Lancet* veröffentlichte Studie infrage. Nach weiteren massiven Einwendungen zogen drei der vier Verfasser ihren Beitrag an der Studie zurück, sodass nur noch der indischstämmige Sapan Sharankishor Desai als Autor übrigblieb. Desai ist Geschäftsführer einer kleinen Firma namens Surgisphere mit Sitz in Chicago. Elf Mitarbeiter sollen dort beschäftigt sein – laut LinkedIn waren die meisten von ihnen jedoch erst zwei Monate zuvor eingestellt worden. Einen wissenschaftlichen oder statistischen Hintergrund sucht man bei den Angestellten vergeblich, dafür glänzen sie mit Fachkenntnissen in Strategie, Führung und Akquisition. Zudem finden sich darunter ein Science-Fiction-Autor und ein Model. Insofern bleibt die Frage, wie glaubwürdig die ausgewerteten Daten der Studie sind, deren Ergebnisse immerhin Forschungsinstitute auf der ganzen Welt dazu bewegten, die Corona-Behandlungsansätze mit Hydroxychloroquin einzustellen.

In der Lancet-Studie wurde behauptet, es seien Daten von fast 96 000 Covid-19-Patienten analysiert worden, die angeblich in 671 von 1200 Krankenhäusern weltweit aufgenommen wurden und Hydroxychloroquin allein oder in Kombination mit Antibiotika erhielten. Nur wenige Tage nach Erscheinen entdeckte der australische *Guardian* eklatante Fehler in den Daten. So wurde auf fünf australische Krankenhäuser verwiesen, wo bis zum 21. April 2020 600 Covid-19-Patienten und 73 Todesfälle verzeichnet waren. Im Gegensatz dazu hatte die Johns Hopkins University bis zu diesem Zeitpunkt in ganz Australien nur 67 Todesfälle durch Covid-19 registriert. Als Erklärung gab Desai an, versehentlich sei ein asiatisches Krankenhaus aufgenommen worden. Daraufhin kontaktierte der *Guardian* fünf Krankenhäuser in Melbourne und zwei in Sydney, deren Mitarbeit für das Erreichen der australischen Patientenzahlen in der Datenbank unerlässlich gewesen wäre. Alle bestritten jede Mitwirkung an einer solchen Datenbank und hatten von Surgisphere noch nie etwas gehört. Auf die Bitte um Stellungnahme zu diesen Aussagen reagierte Desai nicht.

Am 2. Juni vom britischen *Guardian* auf die Verlässlichkeit der Daten angesprochen, äußerte sich *The Lancet* betroffen über die veröffentlichte Studie und kündigte weitere Untersuchungen an. Eine unabhängige Prüfung der Herkunft und Gültigkeit der Daten wurde nun von den Autoren der Studie, die keine Verbindung zu Surgisphere haben, in Auftrag gegeben, weil »Bedenken hinsicht-

lich der Zuverlässigkeit der Datenbank geäußert wurden«. Am 3. Juni kündigte die WHO an, dass die Versuche mit Hydroxychloroquin nun wieder aufgenommen würden. Zwei Tage später meldete *Springer Medizin*, dass zwei große Covid-19-Studien zurückgezogen wurden und bezeichnete den Vorgang als Super-Gau in der Kommunikation wissenschaftlicher Erkenntnisse (vgl. Abb. unten).⁷⁸

Von den vier Verfassern der Hydroxychloroquin-Studie hatte nur der CEO von Surgisphere, Sapan Desai, Zugriff auf die analysierten Primärdaten. Die Arbeit selbst entsprach höchsten wissenschaftlichen Standards und bestand problemlos ein Peer-Review – ein Verfahren zur Qualitätssicherung einer wissenschaftlichen Arbeit oder eines Projekts durch unabhängige Gutachter aus dem gleichen Fachgebiet. Was demnach aber nicht geprüft wurde, waren die zugrunde liegenden Daten! Aufschlussreich ist die Verbindung von Desai und weiteren Studienautoren zu Gesundheitsunternehmen, die sich dem Kampf gegen Covid-19 verschrieben haben. Im Firmenheft des Konzerns W. L. Gore and Associates, *Endovascular Today*, vom Juni 2019 finden sich Beiträge des vertretenden Hauptautors der Lancet-Studie, Desai, sowie des zweiten Autors Daniel V. Patel.⁷⁹ Zufall? Ein derart unverantwortliches wissenschaftliches Vorgehen in einer so bedrohlichen Krise ist ein Skandal und fordert radikales Umdenken. Vielleicht spielen hier ja auch politische Motive eine Rolle. Um gegen Trump vorzugehen, ist anscheinend jedes Mittel recht.



05.06.2020 | COVID-19 | Nachrichten
Hydroxychloroquin / Chloroquin
Zwei große COVID-19-Studien zurückgezogen
Autor: Wolfgang Geisel

„Die Umstände um die jetzt zurückgezogenen Fachartikel zur Therapie bei COVID-19 mit Hydroxychloroquin/Chloroquin oder mit RAAS-Hemmern sind ein Super-GAU in der Kommunikation wissenschaftlicher Erkenntnisse. Mit dem „New England Journal of Medicine“ und „The Lancet“ sind daran zudem zwei Flaggschiffe der Medizinjournalistik beteiligt sowie Wissenschaftler und Ärzte aus der Ersten Liga medizinischer Hochschulen wie der Harvard Medical School oder dem Universitätsspital in Zürich.

Schon am Anfang der Publikationen waren grundlegende Regeln missachtet worden. So hatten bei dem Hydroxychloroquin-Artikel offenbar drei der vier Autoren keinen Zugriff auf die analysierten Primärdaten, konnten also die Basis der Erkenntnisse nicht beurteilen. Das zumindest legt die Mitteilung der Wissenschaftler zur Zurücknahme ihres Artikels nahe.

Sachlich korrekte Meldung von Springer Medizin über die Rücknahme der Hydroxychloroquin-Studien. Die Qualitätsmedien hingegen übergangen diesen Wissenschafterskandal (Hervorhebungen durch den Verfasser)

Das *Handelsblatt* hatte am 19. Mai 2019 Donald Trump zitiert: »*Ich nehme seit einigen Wochen Hydrochloroquin ein.*« Es folgte der Hinweis, dass der Präsident die Einnahme des Medikaments empfehle, obwohl es keinen wissenschaftlichen Beleg für die Wirksamkeit bei Covid-19 gebe. Am Tag zuvor hatte das Weiße Haus ein Schreiben von Trumps Leibarzt Sean Conley veröffentlicht, wonach Trump und er nach zahlreichen Diskussionen zu dem Schluss gekommen seien, dass mögliche Vorteile einer Behandlung mit Hydroxychloroquin die damit verbundenen Risiken überwiegen. Am 22. Mai 2019 meldete der *Stern* unter Verweis auf eine Studie mit Daten von 96 000 Patienten: »*Nun belegt eine groß angelegte Studie: Das Malaria-Mittel hilft nicht nur nicht, sondern erhöht die Todesrate unter Covid-19-Patienten.*« Die *Süddeutsche Zeitung* hatte sich schon am 23. März über Trumps »*Faktenignoranz*« ausgelassen und ihn als fahrlässig bezeichnet. Er habe die faktenbasierte Einordnung des wichtigsten Experten der USA, Anthony Fauci, Hydroxychloroquin sei nicht wirksam, mit seinem präsidialen Bauchgefühl überstimmt.

Es ist vielleicht nicht Aufgabe eines Präsidenten, medizinische Ratschläge zu erteilen, doch zumindest zeigt er dadurch seine eigene Betroffenheit. Jedes Medikament kann für den Patienten die unterschiedlichsten Nebenwirkungen haben – deshalb sind die Beipackzettel auch so lang. So kann die Einnahme von Hydroxychloroquin von Menschen mit Favismus – Glucose-6-Phosphat-Dehydrogenase-Mangel – schädliche Folgen bis hin zum Tod haben. Dem langjährigen Gesundheitsexperten Wolfgang Wodarg zufolge sind vor allem Männer betroffen, deren Familien aus Regionen stammen, in denen Malaria endemisch war oder ist.⁸⁰ Bei einem hemmungslosen Einsatz dieses Medikaments könnte in Afrika ein Massensterben drohen.

Der zweimalige US-Präsidentschaftskandidat Ron Paul forderte als Arzt und Politiker nach den Fehlentwicklungen der letzten Monate im Juni öffentlich die strikte Trennung von Gesundheitswesen und Staat.⁸¹ Er drückte sein Befremden darüber aus, dass die amerikanische Bevölkerung von Gouverneuren, Bezirksrichtern und sogar örtlichen Bürgermeisterinnen wegen des Corona-Ausbruchs in einen dreimonatigen Hausarrest gezwungen worden sei, dann aber nach der Tötung des Schwarzen George Floyd von denselben Politikern aufgefordert wurde, in Massen auf der Straße gegen den »Rassismus« der amerikanischen Polizei zu protestieren, als sei die Ansteckungsgefahr plötzlich verschwunden. Plötzlich siegte die Notwendigkeit zu protestieren über die Notwendigkeit, »zu

Hause zu bleiben und Leben zu retten. In einem Offenen Brief, der von mehr als 1200 Ärzten und anderen Gesundheitsexperten unterzeichnet worden war, hieß es, sie würden »*diese Versammlungen nicht als riskant für die Übertragung von Covid-19 einstufen*«, dies solle jedoch nicht mit einer permissiven Haltung bei allen Versammlungen, insbesondere bei Protesten gegen Hausarrestanordnungen, verwechselt werden.⁸² »*Entwickelte das Coronavirus eine Art überlegene Intelligenz, die es ihm ermöglichte, zwischen denen zu unterscheiden, die sich für eine ›gute Sache‹ versammelten, und denen, die sich für eine ›schlechte Sache‹ versammelten?*«, fragte Ron Paul sarkastisch, und antwortete: »*Nein, natürlich nicht. Was seit Beginn dieser beschämenden Coronavirus-Episode geschehen ist, ist die Politisierung der öffentlichen Gesundheit durch Autoritaristen.*«⁸³

Zu der in *The Lancet* und einer weiteren, im *New England Journal of Medicine* veröffentlichten Studie, wonach die Einnahme von Hydroxychloroquin für Covid-19-Patienten schädlich sei, schrieb Ron Paul: »*Die Eile, die Studien zu drucken, sieht eher nach einem politischen als nach einem auf wissenschaftlichen Prinzipien basierenden Schritt aus. Unmittelbar nachdem Präsident Trump enthüllte, dass er Hydroxychloroquin einnahm, begannen die Massenmedien und sogar »Expertenjournale« das Medikament anzugreifen.*«⁸⁴ Der Schulterchluss von Politik und medizinischen »Experten« führe zu einer unangemessenen Machtfülle; die Bevölkerung werde mit Dekreten eingeschüchtert und auf einen Impfstoff vertröstet, während namhafte Ärzte weltweit davon überzeugt seien, dass das Virus von selbst wieder verschwindet.

Am 5. Juni sprachen die beiden Oxford-Professoren Peter Horby und Martin Landray dem Hydroxychloroquin jegliche Wirkung ab.⁸⁵ Einen Tag später berichtete die Microsoft-Nachrichtenplattform *MSN* über den 750-Millionen-Dollar-Deal der Gates-Stiftung zur Herstellung des an derselben Universität entwickelten Covid-19-Impfstoffs, den die Pharmafirma AstraZeneca bis Jahresende in einer Stückzahl von zwei Milliarden Packungen auf den Markt bringen will.⁸⁶

Nachdem die Wohltäter der Menschheit die Katze aus dem Sack gelassen hatten, zog Tage später auch AstraZeneca nach.⁸⁷ Einigungen mit den Regierungsstellen aus den USA, Großbritannien und irgendwelchen EU-Instanzen verhiessen dem neuen in Oxford entwickelten Impfmittel mit dem etwas spröden Namen »ChAdOx1 nCoV-19« eine große Zukunft.⁸⁸ Liest man die Stellungnahmen vor allem aus dem Hause AstraZeneca genauer, stechen zwei Aussagen

hervor: Der neue Impfstoff werde keine Schäden verursachen, die über die der Krankheit hinausgehen, und – man reibe sich die Augen – ob das Mittel die erhofften Wirkungen zeigen werde, müsse sich nach der Anwendung zeigen.⁸⁹


Die schnell zusammengeschusterte Studie bei *The Lancet* und die Massendemos seit dem gewaltsamen Tod von George Floyd durch einen außer Kontrolle geratenen, mitleidlosen Polizeibeamten am 25. Mai 2020 haben anscheinend politische Motive, die sich vor allem gegen Trump richten. Es ist Wahlkampf, und die milliardenschweren Gegner des Präsidenten (Vermögen: 2,1 Milliarden Dollar), der Promoter der weltweiten Massenimpfung Bill Gates (111 Milliarden) und der Republikanerfeind George Soros (8,3 Milliarden) setzen alles daran, dass der Demokrat Joe Biden Präsident wird. Die deutschen Leitmedien: mit im Boot.

Weltweite Demonstrationen gegen Polizeigewalt und Rassismus

Die zunächst friedlich verlaufenden Kundgebungen eskalierten bald zu Ausschreitungen und Plünderungen: In Philadelphia und Santa Monica wurden Geschäfte mitten am Tag ausgeräumt. In New York, Reno und Fargo wurden Autos abgefacelt, in Minneapolis hunderte Gebäude beschädigt oder zerstört. Der Gouverneur beorderte tausende Soldaten der Nationalgarde auf die Straßen, um die Unruhen einzudämmen. Ein ähnliches Szenario hatte es im August 2014 in Ferguson/Missouri gegeben, nachdem der 18-jährige afroamerikanische Schüler Michael Brown nach Tötlichkeiten gegenüber dem Polizisten Darren Wilson von diesem erschossen wurde. In der Folge war es zu andauernden Unruhen und Demonstrationen gegen rassistische Polizeigewalt, zur Entsendung der Nationalgarde und zur Verhängung nächtlicher Ausgangssperren gekommen.⁹⁰ Präsident war damals Barack Obama, und sein Stellvertreter hieß Joe Biden. Nachdem Trump die Gouverneure zu mehr Härte gegen gewaltbereite Demonstranten aufgefordert hatte, sperrte Twitter am 29. Mai einen Beitrag Trumps wegen »Gewaltverherrlichung«. Am gleichen Tag kündigten die USA die Zusammenarbeit mit der WHO auf. Zwei Tage später nahmen in Deutschland die Black-Lives-Matter-Demos ihren Anfang.

Am 1. Juni wandte sich Trump an die Bevölkerung: »*Meine erste und höchste Pflicht als Präsident ist es, unser großes Land und das amerikanische Volk zu vertei-*

digen. Ich habe einen Eid geschworen, die Gesetze unserer Nation aufrechtzuerhalten, und genau das werde ich auch tun. Alle Amerikaner waren zu Recht erschrocken und empört über den brutalen Tod von George Floyd. Meine Regierung ist fest entschlossen, dass George und seiner Familie Gerechtigkeit widerfahren wird. Er wird nicht umsonst gestorben sein, aber wir können nicht zulassen, dass die gerechten Schreie und friedlichen Demonstranten von einem wütenden Mob übertönt werden. Die größten Opfer der Unruhen sind friedliebende Bürger in unseren ärmsten Gemeinden, und als

Bitte teilen, am Samstag fangen die #BlackLivesMatter  Proteste in Deutschland an.



15:01 · 31 Mai 20 · Twitter for Android

Konzertierte Proteste deutschlandweit: Wer war der Dirigent?

ihre Präsident werde ich dafür kämpfen, dass sie in Sicherheit sind. Ich werde kämpfen, um sie zu beschützen. Ich bin ihr Präsident für Recht und Ordnung und ein Verbündeter aller friedlichen Demonstranten. Aber in den letzten Tagen war unsere Nation den Angriffen von professionellen Anarchisten, gewalttätigen Mobs, Brandstiftern, Plünderern, Kriminellen, Randalierern, der Antifa und anderen ausgesetzt.»⁹¹

Am Tag zuvor hatten Trump und Generalstaatsanwalt William Barr eine Erklärung abgegeben, in der sie u. a. die Antifa verurteilten und ihre Absicht bekundeten, sie als »terroristische Organisation« einzustufen. Die daraufhin erfolgte Reaktion der Leitmedien sowie linker Politiker war vorhersehbar: Nicht die Antifa oder die anderen an der Gewalt beteiligten Gruppen und Einzelpersonen sollten kritisiert werden, sondern Trump. Man hätte ihn gern zu Militäraktionen gegen das eigene Volk (»die friedlichen Demonstranten«) provoziert – doch der Präsident überließ das Sicherheitsmanagement den Gouverneuren.

Der ehemalige US-Politiker und Rechtsanwalt Bob Barr – er vertrat von 1995 bis 2003 den Bundesstaat Georgia im Repräsentantenhaus der USA und wirkt derzeit als Präsident und CEO der Law Enforcement Education Foundation – setzte sich am 4. Juni öffentlich mit der Antifa auseinander, die erst etwa 2007 mit der Gründung der Rose City Antifa in Portland, Oregon, in das Bewusstsein der breiten Öffentlichkeit gelangte. Nach Barr haben ihre Mitglieder in den letzten Jahren, »insbesondere seit den berüchtigten gewalttätigen Konfrontationen von 2017 in Charlottesville, Virginia, offen an zahlreichen Demonstrationen und gewalttätigen Auseinandersetzungen teilgenommen und diese organisiert«.⁹² Kommt ihre wahre Agenda als Gewaltverursacher in den USA oder Europa zur Sprache, spielt die Antifa unter Verwendung »antifaschistischer« Rhetorik schnell die Opferkarte aus. Dabei sind für Barr die Taktiken der Antifa so faschistisch wie nur irgend möglich, »und ihre eigentlichen Ziele sind ausnahmslos Konservative – konservative Redner, konservative Journalisten, konservative Politiker, die US-Einwanderungs- und Zollbehörden (ICE) und die Strafverfolgungsbehörden«. Weiter weist Barr darauf hin, dass gemäß des »Patriot Act« Organisationen, welche Gewalttaten verübten, Menschenleben gefährdeten und darauf abzielten, die Bevölkerung einzuschüchtern oder zu nötigen sowie das Verhalten oder die Politik einer Regierung zu beeinflussen oder zu präjudizieren, als an »innerstaatlichem Terrorismus« beteiligt angesehen und daher vernünftigerweise als terroristische Organisation betrachtet werden müssten.

Der deutsche Verfassungsschutz kommt zu einer ähnlichen Erkenntnis: »Die Agitation [der autonomen Antifa, Anm. d. Verf.] richtet sich auch gegen bestimmte staatliche Einrichtungen oder ihre Repräsentanten. Darüber hinaus werden Adressen und »Steckbriefe« von politischen Gegnern veröffentlicht, die nicht selten mit der Aufforderung verbunden sind, diese Personen auch anzugreifen. Im Rahmen der »antifaschistischen Selbsthilfe« werden auch militante Aktionen befürwortet, die sich in erster Linie gegen den politischen Gegner, insbesondere tatsächliche oder vermeintliche »Nazis« richten. Dadurch kommt es regelmäßig zu hohen Sachschäden, teilweise aber auch zu Personenschäden.«⁹³

Hat also Trump mit seinem Hinweis, die Nation sei Angriffen »von professionellen Anarchisten, gewalttätigen Mobs, Brandstiftern, Plünderern, Kriminellen, Randalierern, der Antifa und anderen« ausgesetzt gewesen, übertrieben? Wer organisiert die weltweiten Proteste? Es müssen finanziell hervorragend ausgestattete, bestens vernetzte Organisationen sein, die äußerst effizient arbeiten. Bei den Demonstrationen fällt vor allem »BlackLivesMatter« auf (deutsch: Schwarze Leben zählen). Diese Organisation mit Ortsgruppen in den USA, Großbritannien und Kanada wurde 2013 als Reaktion auf den Freispruch des Mörders von Trayvon Martin gegründet. Ihre Aufgabe es sei, »die Vorherrschaft der Weißen auszurotten und lokale Macht aufzubauen, um in die Gewalt einzugreifen, die Schwarzen Gemeinschaften vom Staat und von Selbstjustizlern zugefügt wird«. Weiter heißt es: »Indem wir Gewalttaten bekämpfen und ihnen entgegenwirken, Raum für die Phantasie und Innovation der Schwarzen schaffen und die Freude der Schwarzen in den Mittelpunkt stellen, gewinnen wir unmittelbare Verbesserungen in unserem Leben.«⁹⁴

Bereits 2012 hatten mehrheitlich linkspolitische Gruppierungen noch unter dem Motto »No Justice, No Peace!« (Keine Gerechtigkeit, kein Frieden) demonstriert. Dieses Motto taucht nun bei Arabella Advisors in einem aktuellen Artikel mit dem Titel »Fighting Racism and Advancing Equity at Arabella and Beyond« (Kampf gegen Rassismus und Förderung der Gerechtigkeit bei Arabella und darüber hinaus) wieder auf.⁹⁵ Wer versteckt sich hinter dieser Firmierung?

Arabella Advisors versteht sich als »philanthropisches« Beratungsunternehmen, das die Strategie, die Interessenvertretung, das »Impact Investing« (Wirkungsorientiertes Investieren – Investitionen in Veränderung mit finanzieller Rendite) und das Management für hochdotierte linksgerichtete Non-Profit-Organisationen und Einzelpersonen leitet.⁹⁶ Den Kunden werden Dienstleis-

tungen angeboten, die ihnen helfen, eine auf Umweltschutz und andere linke Themen ausgerichtete Politik zu betreiben. Das Unternehmen wurde 2005 von Eric Kessler gegründet, einem Zögling der Clinton-Administration und langjährigen Mitarbeiter der »League of Conservation Voters«, einer amerikanischen Umweltschutzgruppe, in der er auch heute noch Gesellschafter ist.

Das Unternehmen verwaltet vier links der Mitte stehende gemeinnützige Organisationen. Diese gaben zwischen 2013 und 2018 kombinierte Einnahmen in Höhe von knapp 2,3 Milliarden Dollar und Gesamtausgaben von 1,8 Milliarden Dollar an.⁹⁷ In einem am 14. Januar 2020 von *Inside Philanthropy* veröffentlichten Profil des Arabella Advisors Network heißt es, dass das Unternehmen »über 400 Millionen Dollar an philanthropischen Investitionen verwaltet und die Beratungstätigkeit über mehrere Milliarden Dollar an Gesamtressourcen umfasst«. ⁹⁸ Erfolgreich arbeitet Arabella Advisors auch mit der MacArthur Foundation, der Carnegie Corporation of New York, der W. K. Kellogg Foundation, der Democracy Alliance, dem State Infrastructure Fund und den Open Society Foundations zusammen.⁹⁹

Innerhalb dieser Großspender besteht der übliche Vernebelungsringtausch solcher Netzwerke: Die Ford Foundation und die W. K. Kellogg Foundation etwa, zwei der größten US-amerikanischen Stiftungen, unterstützen den Black Civic Engagement Fund und das Center for Popular Democracy. Auf diese Weise tauchen sie nicht direkt als Großspender auf. Arabella Advisors agiert als Drehscheibe eines gut finanzierten linksliberalen »Dark Money«-Netzwerks. Da darf natürlich auch die Zusammenarbeit mit der Rockefeller Foundation nicht fehlen.¹⁰⁰



Arabella Advisors vernetzen NGOs und beraten über den »philanthropen« Einsatz von mehreren Milliarden Dollar

Am Nachmittag des 4. Juni rief die neu gegründete Gruppierung BLM Vienna via Facebook zu einer Black-Lives-Matter-Demo in der Wiener Innenstadt auf. Schützenhilfe bekam sie vom österreichischen Bundespräsidenten. Angemeldet waren zunächst 3000 Menschen, laut Polizei seien schließlich rund 50 000 gekommen. Die Polizei nahm ebenfalls an der Demonstration teil: Auf den Einsatzwagen war auf elektronischen Laufbändern zu lesen: »Black Lives Matter«. Der ORF berichtete geradezu euphorisch über dieses eindrucksvolle Zeichen gegen Rassismus, das in Wahrheit eine Machtdemonstration der linken Kräfte war.¹⁰¹ Corona hingegen war kein Thema! Nur wenige Tage zuvor hatten die Medien noch einen Skandal inszeniert, weil bei einem Besuch von Bundeskanzler Sebastian Kurz im Kleinwalsertal in Tirol mehrere Menschen zu eng beieinanderstanden, hier interessierten sie sich plötzlich überhaupt nicht mehr für die Einhaltung der Corona-Vorschriften.

Mit polizeilicher Unterstützung marschierten die Demonstranten dicht gedrängt durch Wien. Niemand hielt den Mindestabstand ein, rund ein Drittel der Demonstranten trug keine Maske. Zum Vergleich: Am 24. April dieses Jahres untersagte die Wiener Polizei eine Demonstration gegen das Corona-Maßnahmenpaket mit der Begründung, dass das Ansteckungsrisiko zu hoch sei. Es gab keine Proteste! Für Journalisten und »progressive« Meinungsführer galt: Die Gesundheit stehe über der Versammlungsfreiheit und den Bürgerrechten. Das galt nun nicht mehr.

In Wien sowie Bregenz, Graz, Innsbruck, Klagenfurt, Linz und Salzburg gingen die Proteste drei Tage lang weiter. Neben den Demonstranten, die für die Rechte der Schwarzen eintraten und Polizeigewalt anprangerten, hatte sich auch ein revolutionäres Potenzial eingefunden – undefinierte Linke aller Schattierungen, zudem aus verschiedenen Ländern. Deren deklariertes Ziel scheint es zu sein, die bestehende Gesellschaftsstruktur umzustößen und eine neue Ordnung einzuführen. Doch welche? Eine Mischung aus internationalem Kommunismus, Black Rights und Anarchie? Oder wurde das Ereignis auch für ganz andere Interessen genutzt? In Wien prügeln sich in den Folgetagen nämlich auch Moslems, vor allem Türken rechtskonservativer oder linker Einstellung, pro oder contra Erdogan.

In der Nacht vom 20. auf den 21. Juni endete in Stuttgart eine Drogenkontrolle in totaler Zerstörungswut. Zu Hunderten zogen die randalierenden Jugendli-

chen in der Nacht auf Sonntag durch die Straßen der Innenstadt, zerstörten Schaufenster, plünderten acht Geschäfte, beschädigten zwölf Streifenwagen schwer und verletzten zudem zahlreiche Polizisten. Die Politik will in dem Angriff auf den Rechtsstaat keine politischen Motive sehen. Was vereint die jungen Menschen im blindwütigen Kampf gegen die bestehende Ordnung? Wachsen hier und anderswo Protestgruppen, sozial Unzufriedene und Zukurzgekommene zu einem explosiven Revolutionspool zusammen?

Zur unterschiedlichen Behandlung der Demonstrationen gibt es eine treffende Karikatur. Auf der linken Bildhälfte demonstriert eine gedrängte Menge gegen »Corona-Lüge« und »Impf-Diktatur«, auf der rechten eine ähnliche Menge mit Schildern »Black Lives Matter!«, »Gegen Rassismus!« und »#George Floyd!!«. In der Sprechblase zum linken Bild ist zu lesen: »Verantwortungslos! Kaum Abstand!! Kaum Masken!!!«, während es rechts heißt: »Vorbildlich! Diese Soli-

WIEDER GINGEN ZEHNTAUSENDE GEGEN RASSISMUS AUF DIE STRASSE. IN ÖSTERREICH WILL DIE FPÖ POLITIKER ANZEIGEN, DIE AN DEN DEMOS TEILGENOMMEN HABEN.

Massenproteste gab es am Sonntag unter anderem auch in Kopenhagen.
© AFP/Nikolai Linares/Ritzau Scanpix

Auch in Österreich fanden BLM-Demos statt, die dort sogar von der Regierung unterstützt wurden. Hygienemaßnahmen spielten keine Rolle – die Polizei schaute wohlwollend zu

darität und der Zusammenhalt!« Leider wurde dem Autor die Veröffentlichung ohne Angabe von Gründen untersagt.

Am 20. Juni drückte das Europaparlament seine Unterstützung für die »Black Lives Matter«-Bewegung und die friedlichen Proteste nach dem gewaltsamen Tod des Afroamerikaners Floyd bei einem Polizeieinsatz in den USA aus. »Die Abgeordneten forderten außerdem ein Ende des sogenannten »racial profiling«, bei dem Menschen wegen ihrer Hautfarbe oder anderer äußerer Merkmale ohne konkreten Anlass kontrolliert werden. Kritiker verwiesen darauf, dass ethnische Minderheiten auch in den EU-Institutionen immer noch unterrepräsentiert seien.«¹⁰² Die Streiter für »Gerechtigkeit und Frieden« scheinen auf einem Auge blind zu sein, denn das langsame Sterben des Wikileaks-Gründers Julian Assange in einem britischen Gefängnis interessiert sie nicht.

Am 8. März 2019 wurde die Whistleblowerin Chelsea Manning, die die US-Kriegsverbrechen im Irak aufdeckte und bereits zwischen 2010 und 2017 inhaftiert war, wegen Missachtung der Obrigkeit in das Bundesgefängnis in Alexandria/Virginia geworfen und sollte dort ein Jahr lang eingesperrt bleiben. Abschließend erhielt sie eine zivilrechtliche Geldstrafe von 256 000 Dollar, weil sie sich weiterhin weigerte, vor einer »Grand Jury« auszusagen, die sich mit dem Fall von Julian Assange beschäftigte. In beiden Fällen sehen die europäischen Institutionen, die deutsche Bundesregierung sowie Menschenrechtsorganisationen weg, wenn im Herzen Europas ein weltbekannter Journalist in einem britischen Hochsicherheitsgefängnis für keinerlei Verbrechen zu Tode gefoltert wird. Und noch in seinen schlimmsten Stunden ist der Wikileaks-Gründer Julian Assange wieder – wie Manning bei der Aufdeckung der US-Kriegsverbrechen im Irak – »der Bote unserer untergehenden Demokratien mit ihren immer weiter in den Schmutz sinkenden ethischen Werten und dramatisch zunehmend eingeschränkten Bürgerrechten«,¹⁰³ wie es in einem Artikel des Bundesverbands der Arbeiterfotografie heißt.

Der Liverpoolsänger und Gitarrist Guy Dawson hatte für die Solidaritätsveranstaltung einen Song für Julian Assange getextet, in dem es heißt: »Denn ist es erst einmal ein Verbrechen, die Wahrheit zu sagen, während die Mächtigen Strafflosigkeit genießen, wird es zu spät sein, den Kurs zu korrigieren. Wir werden unsere Stimme der Zensur und unser Schicksal der ungezügelten Tyrannei überlassen haben.«



29. November 2019, Universität Köln: Mit Unterstützung der freien Medien kämpft John Shipton, Vater von Julian Assange, für dessen Freilassung

Für Nils Melzer, UNO-Sonderberichterstatter über Folter, steht der »Fall« Julian Assange für das »Versagen des westlichen Rechts«. ¹⁰⁴ Die deutsche Bundesregierung aber weigert sich in skandalöser Weise, die Berichte von Melzer zur Kenntnis zu nehmen. Im Fall von Assange ist klar, wer das Sagen hat und dass sogar die europäischen Regierungen von den USA unter Druck gesetzt wurden. Unsere Demokratien zerbröckeln direkt vor unseren Augen. Mutigen Aufklärern wie Julian Assange oder Edward Snowden wird von der westlichen Wertegemeinschaft nicht nur das Asyl verweigert, sondern sie müssen sogar um ihr Leben fürchten.

Am 22. Juni, 19 Uhr, lieferte der Eintrag »Julian Assange« bei Google 10 400 000 Ergebnisse, »George Floyd« dagegen 158 000 000. Wer hat Interesse daran, den Vorgang in Minneapolis derart zu hypen? Es ist davon auszugehen, dass das Schicksal Floyds – eines drogenabhängigen, mehrfach vorbestraften Kriminellen, darunter bewaffneter Raubüberfall – für die Interessen der Machtzirkel instrumentalisiert wird. Und die meisten scheinen es nicht zu bemerken.

Der Kampf gegen Corona wird weitergehen

Das Bundeskabinett hat am 29. April 2020 den Regierungsentwurf eines »Zweiten Gesetzes zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage

von nationaler Tragweite« verabschiedet. Dazu hatten die Fraktionen der CDU/CSU und SPD im Vorfeld eine Formulierungshilfe erhalten. Bedeutend in diesem Entwurf ist vor allem die Änderung von § 28 des Infektionsschutzgesetzes: In Absatz 1 Satz 3 sollten folgende Sätze eingefügt werden: »Bei der Anordnung und Durchführung von Schutzmaßnahmen nach den Sätzen 1 und 2 ist in angemessener Weise zu berücksichtigen, ob und inwieweit eine Person, die eine bestimmte übertragbare Krankheit, derentwegen die Schutzmaßnahmen getroffen werden, nach dem Stand der medizinischen Wissenschaft wegen eines bestehenden Impfschutzes oder einer bestehenden Immunität nicht oder nicht mehr übertragen kann, von der Maßnahme ganz oder teilweise ausgenommen werden kann, ohne dass der Zweck der Maßnahme gefährdet wird. Soweit von individualbezogenen Maßnahmen abgesehen werden soll oder Ausnahmen allgemein vorgesehen werden, hat die betroffene Person durch eine Impf- oder Immunitätsdokumentation nach § 22 oder ein ärztliches Zeugnis nachzuweisen, dass sie die bestimmte übertragbare Krankheit nicht oder nicht mehr übertragen kann.« ¹⁰⁵

Hier wird der alte Rechtsgrundsatz »in dubio pro reo« umgekehrt: Jeder Ungeimpfte ist damit von vornherein bis zum Beweis des Gegenteils schuldig und muss bis dahin Schutzmaßnahmen bzw. Grundrechtseinschränkungen ertragen: Impfpflicht durch die Hintertür. In der SPD und auch im Ethikrat regten sich Bedenken. Am 1. Mai und am folgenden Wochenende forderten in Berlin, Hamburg und Stuttgart auf genehmigten und ungenehmigten Demonstrationen besorgte Bürger mit dem Grundgesetz in der Hand die Achtung der darin verankerten Grundrechte. In alternativen Internetmedien wie *KenFM*, *Rubikon*, *Nachdenkseiten* und *NRhZ* hatte sich schon vorher ein kräftiger Gegenwind gegen die rigiden Maßnahmen aufgebaut. Immer wieder wurde in Beiträgen aufgezeigt, wie schnell sich ein demokratisches System in ein autoritäres wandeln kann. Vor allem dann, wenn alle Leitmedien die Maßnahmen der Regierung kritiklos unterstützen, andere Gesichtspunkte vollkommen ausblenden und Kritiker diffamieren, sodass das Gefühl aufkommt, diese Medien seien gleichgeschaltet. Bei vielen der Demonstranten ist das Impfesaster mit der Schweinegrippe 2009 noch nicht vergessen. Damals waren die konventionellen Medien noch kritischer unterwegs. Es ist wohl vor allem der ARTE-Doku »Profiteure der Angst: Das Geschäft mit der Schweinegrippe« zu verdanken, dass der Schwindel aufflog. Heute wird alternativen Medien, vorwiegend Netzseiten, die Rolle des Aufklärers zuteil.

Hier trifft das Motto der NATO zu: Wachsamkeit ist der Preis der Freiheit. Und der Widerstand hat sich gelohnt: Am 4. Mai legte Gesundheitsminister Spahn seine Pläne vorerst auf Eis. Mit einem neuen Versuch muss aber gerechnet werden. Die NATO-Führung indes hatte frustriert feststellen müssen, dass sie auf die Pandemie alles andere als gut vorbereitet war. Das betraf den Abbruch des Großmanövers »Defender 2020« sowie NATO-Einsätze wie die Beistandsmission »Enhanced Forward Presence« in Litauen oder die Mission im Kosovo. Im Nordatlantikrat wurde bemängelt, dass Widersacher wie China oder Russland die zu langsame Reaktion des Bündnisses im Frühjahr strategisch genutzt hätten. Über das Wie wurden aber keine öffentlichen Angaben gemacht. Der im pazifischen Raum operierende Flugzeugträger *USS Roosevelt* lag wegen eines Corona-Ausbruchs an Bord zwei Monate vor Guam fest, Kapitän und Marineminister mussten den Hut nehmen, und die seit 16 Jahren auf der Andersen Air Force Base der Pazifikinsel stationierten Fernbomber B-52H Stratofortress verließen am 15. April den strategischen Stützpunkt Guam in Richtung US-Westküste.¹⁰⁶ Angesichts einer für den Herbst erwarteten zweiten Infektionswelle beschloss NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg bereits Ende April in geheimer Runde mit den Botschaftern der Allianz, umgehend einen militärischen Operationsplan auf den Weg zu bringen.¹⁰⁷

Verfassungswidrige Maßnahmen?

Die sich abzeichnende Rezession könnte womöglich schlimmer werden als jene von 1929. Im Gegensatz zu damals steht heute der Schuldige fest: Covid-19. Die Politik manövriert immer noch zwischen Hilflosigkeit und operativer Hektik – der Schwerpunkt liegt auf einer guten PR. In zunehmendem Maß formiert sich Widerstand gegen die Maßnahmen der Regierung. Ende April bezeichnete der Rechtsanwalt und Professor für Strafrecht, David Jungbluth, den gesellschaftlichen Lockdown als rechtswidrig und forderte eine umgehende Rückkehr zur Normalität.¹⁰⁸ Bereits in der ARD-Sendung *Monitor* vom 2. April 2010 erklärte der deutsche Verfassungsrechtler Uwe Volkmann, er kenne unter seinen Kollegen niemanden, der die Corona-Maßnahmen für verfassungskonform hält.¹⁰⁹

Hans-Ulrich Jörges überschrieb am 23. April 2020 seinen Kommentar im *Stern* mit »Es reicht«. Er stellte eingangs fest, dass die Verfassung demoliert und das politische System auf den Kopf gestellt sei. Seine Forderung: Nicht nur die Wirt-

schaft, auch unsere Freiheit müsse wieder hochgefahren werden. Man habe die coronagefesselten Deutschen stolpernd vorangeschubst und alles, was den Menschen zum Menschen mache, suspendiert: »Freundschaft, Familie, Kultur, Sport, ungehinderte Lebensfreude und direkte soziale Kommunikation«. Dazu unbefristete und andauernde schwere Eingriffe in die Grundrechte, die Selbstentmachtung der Parlamente, die Deformation des politischen Systems. Jörges schloss seinen Appell mit der Forderung: »Nicht nur die Wirtschaft muss wieder hochgefahren werden, sondern auch die Freiheit. Und die kritische Kontrolle der Zustände durch jene, die dazu berufen sind: Parlamentarier und Verfassungsrichter. Die Versammlungsfreiheit, die Bewegungsfreiheit, die freie Berufsausübung, ja selbst die freie Ausübung der Religion sind ausgesetzt. Das mag unter dem Ansturm einer rasenden Seuche, zum Schutz von Leben, kurze Zeit akzeptabel sein. Kurz. Bei Eingriffen in die Substanz des Grundgesetzes aber muss stets, sorgfältig abgewogen, das mildeste Mittel gewählt werden. Die schärfsten indes wurden politische und polizeiliche Praxis.«

Am 1. Mai 2020 betonte der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier, den Schutz der Freiheitsrechte in der Coronakrise. »Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass Sinn und Zweck eines Verfassungsstaates in erster Linie der Schutz der Freiheit ist.«¹¹⁰ Der Gesundheitsschutz rechtfertige nicht jedweden Freiheitseingriff. Kritisch äußerte er sich auch zu dem Vorschlag, Risikogruppen von einzelnen Lockerungen auszunehmen: »Gebote oder Verbote allein auf bestimmte Altersgruppen oder auf Menschen mit Vorerkrankungen und Behinderungen zu beziehen, wäre außerdem eine ungerechtfertigte Diskriminierung.« Nicht umsonst ist im ersten Artikel des Grundgesetzes nicht der Schutz der Gesundheit festgehalten, sondern der der menschlichen Würde.

Jenseits der Juristen formierte sich auch auf der Straße Widerstand. Bereits im April demonstrierten an drei Samstagen hintereinander am Berliner Rosa-Luxemburg-Platz um die im Grundgesetz verbürgten Grundfreiheiten besorgte Menschen, nach Sprachregelung der *taz* alles Verschwörungstheoretiker. Da durfte natürlich der Hinweis nicht fehlen, dass der Verschwörerverein gegen die Corona-Maßnahmen auch Zulauf von Rechten erhielt.¹¹¹

Aufgerufen zur ersten Demo am 12. April 2020 hatte der Verein Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand über die Homepage Nichtohneuns.de. Den Platz vor der Volksbühne erreichten allerdings nur wenige, da ca. 180 Poli-

zisten die Zugänge abgeriegelt hatten. Eine kleine Gasse neben dem Kino Babylon wurde zum Wartebereich für 80 festgesetzte Personen. Über die alternativen Medien wurden seither immer breitere Bevölkerungsschichten mobilisiert bis hin zu den Großdemonstrationen im August in Berlin.

Am 25. Juni, dem Tag, an dem der Reproduktionsfaktor wieder unter 1 fiel, fanden sich unter der Google-Eingabe »Experten warnen vor zweiter Welle« 2270 Ergebnisse. Die meisten Beiträge sind nicht unbedingt geeignet, verantwortungsvolles Handeln zu stärken, eher dazu, die Bevölkerung zu verängstigen. Vier Tage zuvor war noch der dramatische Anstieg des Reproduktionsfaktors auf 2,88 gemeldet worden (46 300 Ergebnisse).¹¹² Die angstschürende einseitige Berichterstattung geht bis in die Etage der Bundesregierung. Bereits am 13. Mai 2020 hatte Bundeskanzlerin Merkel unverrückbar festgestellt: »Corona ist und bleibt also eine Gefahr für jede und jeden von uns.«¹¹³ Wirtschaftlich und gesellschaftlich trifft das in jedem Fall zu – aber auch medizinisch?

Zahlreiche Ärzte und Wissenschaftler beruhigten schon früh: Corona sei keine Gefahr für jede und jeden von uns, sondern nur für bestimmte Gruppen, denn das Durchschnitts- und Medianalter der Covid-19-Toten oder Erkrankten liege um die 80.¹¹⁴ Dazu waren fast alle Verstorbenen noch multimorbid vorerkrankt. Als promovierte Physikerin sollte Frau Merkel Statistiken lesen und die richtigen Schlüsse ziehen können. Die vereinfachende und objektiv unwahre Aussage der Bundeskanzlerin bewirkt jedoch nur Angst. Wozu? In einer solchen Krise sind vielmehr Verantwortung und Solidarität gefragt. Die Erzeugung von Angst und das Herbeireden einer neuen Infektionswelle muten eher wie die Dramaturgie einer Inszenierung an. Wozu sollte eine solche Inszenierung dienen? Es geht um den unbemerkten Umbau der Gesellschaft im Interesse global agierender Konzerne wie im Planspiel »Event 201« beschrieben (vgl. S. 456), initiiert durch »Probleme, die nur durch eine Zusammenarbeit von globalen Unternehmen und Regierungen gelöst werden können«, wie Tom Inglesby von der Johns Hopkins Universität im Rahmen des Planspiels konstatierte.¹¹⁵ Von ihm stammt auch der Satz: »Wir wissen alle, dass es ein »Gamechanger« wäre, wenn wir einen Impfstoff gegen CAPS [ambulant erworbene Pneumonien, Anm. d. Verf.] in der Hand hätten.«¹¹⁶

Ein halbes Jahr später tauchte im Papier »Impfen als Lösung« des deutschen Gesundheitsministeriums der gleiche Begriff auf: »Die Entwicklung eines Impf-

 Echte Pandemie	 Inszenierte Pandemie
Jeder kennt schwer Erkrankte aus seiner direkten Umgebung/Familie.	Krankheitsfälle sind nur aus Medien und Erzählungen bekannt.
Arztpraxen und Krankenhäuser im ganzen Land sind überfüllt .	Kurzarbeit und Leerstand in Krankenhäusern . Vermehrt Angstpatienten in Praxen.
Es gibt sehr sehr viele Tote .	Unveränderte Sterblichkeit im Jahresvergleich.
Politiker und Ärzte tun alles, um die Menschen zu beruhigen .	Politiker tun alles, um Panik zu verbreiten und die Menschen einzuschüchtern .
Politiker tun alles, um die Wirtschaft trotzdem am Laufen zu halten .	Wirtschaft wird absichtlich abgewürgt . Ganze Branchen werden vernichtet.
Fakten werden gesucht und jede Hilfe in der Not angenommen .	Renommierte Wissenschaftler werden ignoriert und sogar öffentlich in den Medien lächerlich gemacht.
Es gibt keine organisierten Profiteure .	Milliarden-Gewinne durch vorbereitete Absprachen und Deals.
Ein schnelles Ende und eine zeitnahe, angemessene Entwarnung nach klaren Vorgaben/Richtlinien wird angestrebt .	Wechselnde Erkenntnisse, ständig angepasste Richtwerte und immer neue Verordnungen verlängern die Pandemie immer wieder.
Menschen haben Angst zu sterben und versuchen alles, um sich zu schützen , wobei Politiker bei unnötigen Überreaktionen aufklären .	Menschen haben mehr Angst vor Bestrafung . Maßnahmen werden durch sozialen Druck, Polizeigewalt und enorme Bußgelder durchgesetzt.
Menschen kämpfen mit einer humanitären Katastrophe .	Menschen kämpfen um Toilettenpapier .

Nachdenken! Aufwachen!



Pandemie zwischen verantwortungsvoller Politik und Propaganda (Netzfund)

stoffes gegen das neuartige Corona-Virus SARS-CoV-2 wäre der entscheidende »Game Changer«.¹¹⁷ Auch Bundesforschungsministerin Anja Karliczek verwendete den Begriff.¹¹⁸ Zunächst betrifft ein Umbau (»Change«) nur die Gesundheitsstrukturen, doch zusammen mit der weltweiten Digitalisierung könnte der

Weg in einen Überwachungsstaat geebnet werden, zumal bereits Gerüchte kursieren, dass im Zuge einer (Pflicht-)Impfung unbemerkt ein Chip implantiert werden könnte, über den persönliche Daten noch leichter ausspähbar wären.

Auch das Fluten coronageschädigter Volkswirtschaften mit schwindelerregenden Krediten bzw. Hilfszahlungen macht stutzig.

Ein janusköpfiger Aufruf zur Verteidigung der Demokratie

Am 25. Juni 2020 erschallte angesichts der durch Corona bedrohten Demokratie ein mächtiger Ruf zur Verteidigung derselben.¹¹⁹ »A Call to Defend Democracy« war als Offener Brief des in Stockholm ansässigen Institute for Democracy and Electoral Assistance (IDEA) und des National Endowment for Democracy (NED) mit Sitz in Washington, D. C., initiiert und von 73 prodemokratischen Institutionen, vielen prominenten politischen und zivilgesellschaftlichen Führungspersonlichkeiten, darunter 13 Nobelpreisträger und 62 ehemalige Staats- und Regierungschefs, unterstützt worden.¹²⁰ Ihrer Aussage, die Corona-Pandemie bedrohe nicht nur das Leben und die Existenzgrundlage von Menschen weltweit, sondern auch die Zukunft der freiheitlichen Demokratie, kann ja uneingeschränkt zugestimmt werden. Doch der Blick auf einige Unterzeichner lässt Zweifel aufkommen. Aufgeführt sind u. a. der Friedensnobelpreisträger Lech Walesa, der Hongkonger Demokratieaktivist Joshua Wong, der Schauspieler und Tibetaktivist Richard Gere und der ehemalige EU-Parlamentsabgeordnete Elmar Brok. Alle zusammen keine Freunde Chinas bzw. Russlands.

Elmar Brok, langjähriger EU-Abgeordneter und Leiter des Brüsseler Lobbybüros von Bertelsmann, verstieg sich 2019 auf dem Höhepunkt der Venezuelakrise im *Deutschlandfunk* zu der Aussage, nach »Ansicht Deutschlands und der EU sei Maduro nicht rechtmäßig gewählt« und dessen Herausforderer Juan Guaidó »sei der einzige von beiden, der eine demokratische Legitimation habe«.¹²¹ Diese Ansicht vertrat damals auch das NED. Die Organisation war 1983 von US-Präsident Reagan gegründet worden, um rufschädigende Geheimoperationen auszulagern. Der an der Ausarbeitung der Gesetzgebung zur NED-Gründung beteiligte US-Historiker Allen Weinstein erklärte 1991: »Vieles von dem, was wir heute tun, wurde vor 25 Jahren im Geheimen von der CIA getan.«¹²² Und Carl Gershman, während der ersten Amtszeit der Reagan-Administration Bot-

schafter der Vereinigten Staaten beim Menschenrechtsrat der UN und ab 1984 Präsident des NED, erklärte bereits 1986: »Es wäre schrecklich für demokratische Gruppen auf der ganzen Welt, als von der CIA subventioniert angesehen zu werden ... deshalb wurde die Stiftung gegründet.«¹²³

Für den US-amerikanischen Kritiker der US-Außenpolitik William Blum stimmen die Programme des NED »mit den Grundbedürfnissen und Zielen der wirtschaftlichen Globalisierung der Neuen Weltordnung überein, so wie die Programme seit Jahren auf der gleichen Wellenlänge wie die US-Außenpolitik liegen«.¹²⁴ Um sich über ausgewählte politische Gruppen, Bürgerorganisationen, Gewerkschaften, Dissidentenbewegungen, Studentengruppen, Buchverlage und Zeitungen erfolgreich in die inneren Angelegenheiten fremder Länder einmischen zu können, würden etwa technisches Know-how, Lehrmaterial, Computer usw. zur Verfügung gestellt. Das NED bezeichnet die von ihm unterstützten Medien und Organisationen nichtsdestotrotz als unabhängig.¹²⁵

In den 1980er-Jahren spielte das NED eine wichtige Rolle in der Iran-Contra-Affäre und finanzierte Schlüsselkomponenten von Oliver Norths schattenhaftem Netzwerk Project Democracy, welches die US-Außenpolitik privatisierte, Krieg führte sowie Waffen und Drogen vertrieb. Blum: »Das NED, wie zuvor die CIA, nennt das, was es tut, Unterstützung der Demokratie. Die Regierungen und Bewegungen, gegen die das NED vorgeht, nennen es Destabilisierung.«¹²⁶ Damit wird klar, was mit dem Aufruf zur Verteidigung der Demokratie erreicht werden soll: Das eine ist das Destabilisieren unliebsamer Regierungen, insbesondere der Chinas und Russlands, das ande-



re das Operieren gegen eine Bewegung, die für die herrschenden Kräfte zur Gefahr wird. Eine solche Bewegung ist zurzeit jene zur Verteidigung der Grundrechte – sie soll diskreditiert werden. Das könnte kurioserweise sogar dadurch geschehen, dass ihr eine Nähe zu imperialen Organisationen wie dem NED unterstellt wird.

Juristen sorgen sich um Rechtsstaatlichkeit

Am 10. Juli 2020 stellte der Rechtsanwalt Reiner Füllmich gemeinsam mit den Juristen Antonia Fischer, Viviane Fischer und Justus Hoffmann in Berlin die von ihnen gegründete Stiftung Corona-Ausschuss vor. Sie wollen klären, ob es sich bei den Corona-Maßnahmen um schwere Rechtsverstöße handelt. Zudem sei der Ausschuss, in dem Experten, Wissenschaftler und Betroffene befragt werden sollen, notwendig, um die politischen und wirtschaftlichen Interessen in der Corona-Krise aufzudecken. Im Juni hatte bereits der außerparlamentarische Corona-Untersuchungsausschuss »ACU 2020« seine Arbeit aufgenommen, ein »generationsübergreifendes Mit-mach-Projekt ..., das von Bürgern für Bürger organisiert wird«. ¹²⁷

Stein des Anstoßes für die kritischen Juristen der Stiftung Corona-Ausschuss war u. a. die Missachtung des römischen Rechtsgrundsatzes »Man höre auch die andere Seite« (audiatur et altera pars). Von Beginn an wurden andere Meinungen entweder ignoriert oder pauschal als Gemunkel bzw. Verschwörungstheorien abgetan. Am 18. März hatte Kanzlerin Merkel in ihrer Fernsehansprache zu Corona sogar gefordert: »Glauben Sie keinen Gerüchten, sondern nur den offiziellen Mitteilungen!« ¹²⁸ An diesem Tag galten noch folgende offizielle Mitteilungen:

- ▶ Christian Drost, Virologe, Institutsdirektor an der Charité in Berlin: »Diese Krankheit ist eine milde Erkrankung. Das ist eine Erkältung in erster Linie. Eine Erkältung die mehr die unteren Atemwege betrifft, und die ist im Prinzip für gesunde Menschen gar kein Problem.« ¹²⁹
- ▶ Tiermediziner Lothar Wieler, Chef des dem Gesundheitsministerium unterstehenden Robert Koch-Instituts: »Alles was wir bisher von dieser Krankheit gelernt haben ist, dass vier von fünf Menschen, die mit dem Virus infiziert werden, nur leichte Symptome haben oder gar keine Symptome. An ihnen wird die Krankheit mehr oder weniger spurlos vorbeigehen.« ¹³⁰

- ▶ Clemens Wendtner, Chefarzt für Infektiologie in München: »Mit einer sehr gefährlichen Erkrankung hat das nicht viel zu tun. Das Corona-Virus ist auf keinen Fall gefährlicher als Influenza.« ¹³¹

Wenige Tage später verkehrte sich die Einschätzung dieser Wissenschaftler in das absolute Gegenteil. Ende März wurde durch die Bundesregierung der Lockdown ausgerufen – zahlreiche Grundrechte wurden außer Kraft gesetzt. Füllmich konnte es kaum fassen, »dass weit über 90 Prozent der Bevölkerung dagegen gar nichts einzuwenden hatten und ohne Fragen zu stellen sich den Anti-Corona-Maßnahmen unterwarfen und die Mainstream-Medien alle auf denselben Kurs« einschwenkten. ¹³² Vor diesem Hintergrund suchte der skeptische Anwalt nach Gegenstimmen in der Bundesrepublik und wurde auf den Lungenarzt und Epidemiologen Wolfgang Wodarg, die Virologin Karin Mölling, den Mediziner Sucharit Bhakdi, den Virologen Hendrik Streeck und andere kritische Fachleute aufmerksam.

In den offiziellen Mitteilungen wurde weder zwischen »Coronafällen«, »Infizierten«, »positiv Getesteten« und »Erkrankten« unterschieden – wegen der ungenauen Testmethode waren positiv Getestete oft gar nicht infiziert, viele Infizierte nicht erkrankt und nur ein Bruchteil der Erkrankten an schweren Symptomen gestorben –, noch wurde die Todesursache der »Coronaoopfer« eindeutig geklärt. Als Coronatote wurden einfach alle Verstorbenen bezeichnet, bei denen das Virus nachgewiesen wurde – auch wenn sie schon anderweitig lebensbedrohlich erkrankt und/oder hochbetagt waren. Außerdem sind an Atemwegserkrankungen immer mehrere Virentypen bzw. auch Bakterien beteiligt. Mit derart pauschalen und wissenschaftlich schlampigen Vereinfachungen wurden dann Bedrohungsszenarien entworfen.

Im Vergleich zu den so ermittelten ca. 9000 Coronatoten in Deutschland bis Juli 2020 forderte die Grippesaison 2018 um die 25 000 Tote. »Wenn das also alles gar nichts Besonderes ist, wenn jedes Jahr dasselbe passiert, warum macht man dann um exakt dieselbe Sache im Jahr 2020 ein solches Aufsehen, dass man die Weltwirtschaft herunterfährt und Angst und Panik verbreitet?«, fragte z. B. der Tiroler Mediziner Adelbert Bachlechner. ¹³³ Kein Thema sind auch die bis zu 20 000 Patienten, die jährlich in der Bundesrepublik an multiresistenten Krankenhauskeimen sterben. Ebenfalls verschwiegen werden die Kollateralschäden der Covid-19-Pandemie, so etwa die psychischen Folgen des Lockdowns – von Angststörungen bis hin zu Suiziden. Auch haben viele Patienten mit schweren

Herzinfarkten aus Furcht vor Ansteckung mit dem Virus nicht um Hilfe in Kliniken nachgesucht.¹³⁴ Notwendige Operationen wurden verschoben, obwohl viele der für Coronafälle bereitgestellten Intensivbetten leerblieben.

Natürlich kann man bei einer gefährlichen Infektionskrankheit nicht alles von vornherein wissen und richtig machen. Doch es fiel schon auf, dass eine ehrliche wissenschaftliche Debatte nicht zugelassen wurde. Für den Juristen Justus Hoffmann hat die fehlende Bereitschaft der Regierenden zu einer offenen und öffentlichen Diskussion über die einschneidenden Anti-Corona-Maßnahmen nichts mit Rechtsstaat und Demokratie zu tun. Für ihn wirkte es vielmehr so, als gäbe es ein neues »Ermächtigungsgesetz«, das der Regierung ermöglicht, ohne zeitliche Begrenzung, ohne Kontrolle von außen und ohne obligatorische gerichtliche Verfahren Leute einzusperren, Geschäfte zu schließen und die Versammlungsfreiheit einzuschränken.¹³⁵

Die Stiftung Corona-Ausschuss macht sich nun ergebnisoffen auf die Suche nach Antworten. Man kann nur hoffen, dass ihr eine saubere, wissenschaftliche und von politischen und wirtschaftlichen Interessen unbeeinflusste Analyse gelingt. Parlamentarische Untersuchungsausschüsse im Land- und Bundestag zur Aufklärung des Regierungshandelns in der Coronakrise forderte indes die AfD in Nordrhein-Westfalen. Es gehe dabei um die Frage, ob die Behörden frühzeitige Warnungen ernst genug genommen hätten, erklärte Landeschef Rüdiger Lucassen am 15. Mai 2020 in Düsseldorf. Allerdings bräuchte sie dafür ein Quorum von 25 Prozent. Zudem müsste dieser Untersuchungsausschuss noch vor Ende dieser Legislaturperiode zu einem Ergebnis kommen, um Rechtswirksamkeit zu erlangen. Beides erscheint unter den momentanen Gegebenheiten kaum realistisch.

Eine Demonstration polarisiert die Gesellschaft

Die Reaktionen auf die von »Querdenken 711« am 1. August 2020 in Berlin organisierte Großdemonstration erinnerten sowohl in den Verlautbarungen der Politik als auch in der Berichterstattung der Massenmedien an die Zustände in der untergehenden DDR. Der unübersehbare Protest wurde nicht nur kleingeredet, die Kritiker des offiziellen Regierungskurses in Sachen Corona wurden auch noch als »Covidioten«, »Rechtsextreme« oder »Verschwörungsideologen« beschimpft. Laut *Tagesschau* kamen verschiedene Milieus zusammen, »die den



Mit allen, auch unlauteren Mitteln versuchen die Systemmedien, kritisch hinterfragende Menschen zu diskreditieren (im Bild: Bericht zur Großdemo vom 1. August 2020)

*Glauben an Verschwörungsmythen teilen. Experten sehen insbesondere in der Esoterik einen Einstieg in eine gefährliche Gedankenwelt.*¹³⁶

Da lohnt sich doch ein Blick zurück auf die BR-Sendung *Quer* vom 31. Januar 2020 mit dem Titel »Wie ein Virus alle Vernunft zerstört«. Moderator Christoph Süß meinte damals noch hämisch: »Das Corona-Virus hat Deutschland erreicht. Bisher verläuft die Krankheit bei den Infizierten harmlos. Bei Verschwörungstheoretikern und Populisten steigt die Fieberkurve hingegen steil an.«¹³⁷ Ende März wurde das Medienfähnlein dann um 180 Grad gedreht.

Den Vogel in der Diffamierung der Demonstranten hatte am 3. August wohl die linke Wochenzeitung *Der Freitag* abgeschossen: »Viele Menschen, die sich hier zusammenfinden, wirken psychisch tangiert. Abgesehen von den wenigen, die wohl tatsächlich im klinischen Sinn verrückt sind, meine ich, bei vielen Demo-Besucher*innen ein sichtbares Leiden erkennen zu können.« Diese Suggestivbotschaft ist wirklich perfide: Die Demogemeinde als ein psychisch angeschlagenes Kollektiv – welcher »Gesunde« mag hier noch Verständnis aufbringen?

Am 9. August traten zwei Polizeibeamte öffentlich auf Corona-Demos auf. Sie hatten eine Woche zuvor in Berlin als Bürger an der Großdemonstration teil-

genommen. In Augsburg sprach Bernd Bayerlein, Dienstgruppenleiter der Polizei in Mittelfranken, über seine Erfahrung als Polizist über die zunehmende Denunziationsfreudigkeit und äußerte seine Enttäuschung über die Berichterstattung der Öffentlich-Rechtlichen: »Das war für mich die friedlichste Demo, die ich als Polizist und Bürger je erlebt habe, freiheitsliebende Menschen, ein historisches Ereignis.«¹³⁸ In Dortmund machte Kriminalhauptkommissar Michael Fritsch die schleichende Entdemokratisierung und Entrechtlichung zum Thema und forderte abschließend sogar: »Stellt euch gegen die Regierung!«¹³⁹ Diesen mutigen Beamten, die das Gewissen über den Gehorsam stellen, muss Dank gezollt werden.

Nach Einschätzung des Bundesverfassungsschutzes hatten Rechtsextreme übrigens »keinen prägenden Einfluss« auf die Corona-Demonstration oder die Gesamtkundgebung in Berlin. Das Bundesamt für Verfassungsschutz teilte der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* weiter mit: »Insofern resultierte aus der Kundgebung für die traditionelle rechtsextremistische Szene keine nennenswerte Anschlussfähigkeit an die demokratischen Kundgebungsteilnehmer.«¹⁴⁰

In den USA polarisierte der »Tag der Freiheit« in Berlin ebenso wie in Deutschland. Die *New York Times* schrieb auf Twitter: »Dies war der Schauplatz in Berlin, wo schätzungsweise 17 000 Menschen sich der Distanz- und Maskenpflicht widersetzen, um sich einem Protest anzuschließen, der von Neonazi-Gruppen, Verschwörungstheoretikern und anderen unterstützt wurde, die sagten, sie hätten die Beschränkungen satt.«¹⁴¹ Das ist weitgehend identisch mit den offiziellen Verlautbarungen aus Berlin.

Eine völlig andere Sichtweise auf die Vorgänge zeigte Ron Paul. Er berichtete am 3. August 2020 in der Wochenkolumne des Ron Paul Institute For Peace and Prosperity: »Zehntausende Deutsche marschierten am Samstag durch Berlin, proklamierten einen »Tag der Freiheit« und forderten ein Ende der von der Regierung verordneten Gesichtsmasken und der »sozialen Distanzierung«. Auch in Großbritannien und den Niederlanden gab es große Proteste gegen die tyrannischen Aktionen ihrer Regierungen als Reaktion auf den Ausbruch des Coronavirus.«¹⁴² Dann zählte er In-

halte einiger Plakate auf wie »Wir werden gezwungen, einen Maulkorb zu tragen«, »Natürliche Immunität statt Impfung« oder »Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns unsere Freiheit klaut!«. Sodann ging er auf die Twitterbotschaft der *New York Times* ein und fragt: »Will uns dieses Blatt wirklich glauben machen, dass womöglich eine Million Nazis in den Straßen Berlins aktiv waren? Wäre das nicht alarmierend?« Weiter verweist Paul auf die Tatsache, »dass die Europäer erkennen, dass ihre von der Regierung verordneten Lockdowns wenig oder gar nichts zum Schutz vor dem Virus beigetragen haben, während sie gleichzeitig eine wirtschaftliche Katastrophe und unsägliches menschliches Leid verursacht haben«.

»Die Europäer wachen auf«, so Ron Paul weiter, »und die Amerikaner schlafen leider immer noch, während unsere Freiheiten weiterhin mit Füßen getreten werden. Während die Europäer ein Ende der Gewaltherrschaft der Regierungen fordern, sehen wir hier Staaten mit geringen neuen Todesopfern, die zur Abriegelung zurückkehren. Es ist, als ob all die Mächtigen-Tyrannen, vom Bürgermeister bis zum Gouverneur, endlich ihre geheimen Träume vom Regieren per Dekret verwirklichen. Ihre Träume sind unsere Albträume! ... Die Eile, mit der »America's Frontline Doctors« letzte Woche zum Schweigen gebracht und ihr Video in der Gedächtnislücke versenkt wurde, sollte jeden, der noch an die Redefreiheit glaubt, erschrecken. Sie sagen, wir müssen so lange eingesperrt und maskiert bleiben, bis wir einen Impfstoff haben. Die US-Regierung investiert Milliarden in einen Impfstoff mit vielleicht weniger als 60 % Wirksamkeit, um ein Virus zu verhindern, das eine Überlebensrate von etwa 99,8 % hat.«

Ron Paul fragt, was das für eine Materie sei, und ergänzt: »Wie viele werden durch den Impfstoff möglicher-

< Older

FEATURED ARTICLES

Europeans Are Waking Up to Government Covid Tyranny. Why Are We Still Asleep?

written by **ron paul** monday august 3, 2020



Ron Paul

WEEKLY COLUMN

Tens of thousands of Germans marched through Berlin on Saturday, proclaiming a "Day of Freedom" and demanding an end to government-mandated face masks and "social distancing." The UK and Netherlands also saw large protests against their governments' tyrannical actions in response to the coronavirus outbreak.

According to media accounts, the Berlin protesters held signs reading "We are being forced to wear a muzzle," "Natural defense instead of vaccination," and "We are making noise because you are stealing our freedom!"

Good for them!

The New York Times Tweeted that the masses of Berlin demonstrators were all "Nazis" and "conspiracy theorists." Does the "paper of record" really want us to believe there were perhaps a million Nazis active in the streets of Berlin? Wouldn't that be alarming?

The fact is, Europeans are realizing that their government-mandated lockdowns did little or nothing to protect them from the virus, while causing economic catastrophe and untold human suffering.

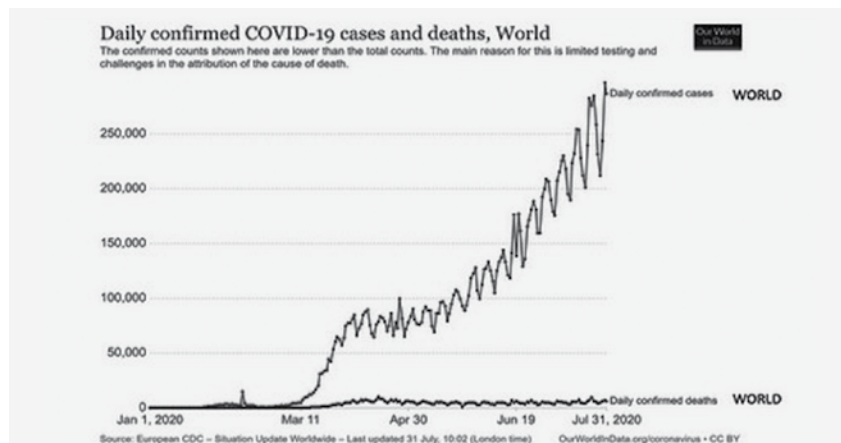
Eine tiefgründige Analyse der Berliner Demo vom 1. August lieferte das Urgestein des US-Kongresses Ron Paul

weise mehr geschädigt als gestärkt? Wir werden es wahrscheinlich nie wissen. ... Die Zahlen sind so wild durcheinander geraten, dass man kaum noch einer Berichterstattung trauen kann. Die Menschen werden wütend. Sie sind verwirrt. Sie sind mit einer wirtschaftlichen Depression von historischem Ausmaß konfrontiert. Aber das Schlimmste von allem ist, dass sie zusehen müssen, wie die Leviathan-Regierung jedes letzte bisschen Freiheit an sich reißt.» Paul beendet seinen Artikel mit einem dreifachen »Hoch auf die Europäer!« und der Hoffnung, dass Amerika bald aufwacht.

Divergierende Zahlen

Anfang August 2020 überstieg die tägliche Anzahl der Positiv-PCR-Getesteten die magische Zahl von Tausend. Während einige dies als Vorzeichen einer zweiten Welle in Erwägung zogen, war für Markus Söder die Sache bereits klar. In der *Bild am Sonntag* ließ er am 2. August verlautbaren, dass ihm die steigenden Fallzahlen in Deutschland »große Sorgen« bereiteten und für ihn die zweite Welle praktisch schon da sei: »Sie schleicht durch Deutschland.«

Am 31. Juli hat das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten – eine Agentur der Europäischen Union – die weltweiten Zahlen positiver PCR-Tests (obere ansteigende Linie in der Abb. auf S. 503) und Covid-19-Toten (waagerechte gleichbleibende Linie) ins Verhältnis gesetzt.¹⁴³



Dramatischer Anstieg Corona-Positiver durch exzessive PCR-Messungen. Die Zahl der Todesfälle bleibt indes konstant niedrig (Stand: 31. Juli 2020)

Die niedrige und gleichbleibende Zahl von Todesfällen deckt sich mit den Angaben des Deutschen Bundestags.¹⁴⁴ In der Sterbefallstatistik der Bundesrepublik Deutschland sind seit März 2020 keine auffälligen Veränderungen zu erkennen.

Schweden wurde wegen seiner Entscheidung gegen einen Lockdown in den zentral-europäischen Hauptmedien monatelang als abschreckendes Beispiel für missratene Maßnahmen dargestellt. In der Tat hatte Schweden zwischen der 14. und der 20. Woche höhere Sterbefälle zu verzeichnen als Deutschland. Das hat sich inzwischen geändert, wie in der Abbildung unten zu sehen ist. Dazu schrieb der schwedische Journalist Emanuel Karlsten am 3. August 2020: »All dies bedeutet, dass wir einen Sterblichkeitsüberschuss haben, der jetzt, mit einer ersten Tendenz zu einer geringeren Sterblichkeit, dazu führen könnte, dass die Gesamtzahl der Todesfälle in diesem Jahr deutlich niedriger ist als die bisher in diesem Frühjahr angezeigte.«¹⁴⁵

Für die schwedische Wirtschaft wird für das gesamte Jahr 2020 lediglich ein Minus von 1,5 Prozent prognostiziert, während der entsprechende Wert für die USA mit über 30 Prozent veranschlagt wird (in Deutschland liegt er zum Vergleich allein im zweiten Quartal bei 10,1 Prozent).¹⁴⁶ Die Entscheidung zwischen den beiden Extremen »Lockdown« respektive »Durchseuchung« erinnert an Odysseus' Durchfahrt zwischen den Meeresungeheuern Skylla und Charybdis. Abschließende Bewertungen wird man erst in einigen Jahren vornehmen können.



Schweden setzte nicht auf strikte Maßnahmen wie den Lockdown, sondern baute auf Herdenimmunität. Dadurch wurde die Wirtschaft kaum beeinträchtigt. Dies führte anfänglich zu einer höheren Sterblichkeitsrate, die jedoch inzwischen sogar negativ ist

Der Virologe Hendrik Streeck rät, nicht bei jedem Anstieg in Panik zu geraten und das Infektionsgeschehen nicht an den positiven PCR-Tests zu bemessen, sondern an der stationären sowie der Intensivbettenbelegung in den Krankenhäusern. Dazu verweist er darauf, dass es Anfang August 2020 keine wesentliche Zunahme von schweren Coronafällen auf den Intensivstationen zu verzeichnen gab, obwohl die Infektionszahlen wieder gestiegen seien.¹⁴⁷

Ende August 2020 hat die amerikanische Seuchenschutzbehörde CDC veröffentlicht, dass sechs Prozent der statistisch erfassten Todesfälle ausschließlich auf Covid-19 zurückzuführen seien. Alle anderen Patienten hätten verschiedene schwere Krankheiten gehabt, an denen sie gestorben seien.¹⁴⁸ Diese Zahlen decken sich mit der Studie des Hamburger Rechtsmediziners Klaus Püschel, der mit seinem Team getreu dem Leitspruch »mortui vivos docent« (die Toten lehren die Lebenden) systematisch Obduktionen durchgeführt hat. Für ihn ist das Coronavirus kein »Killervirus«, sondern lediglich eine Gefahr für Vorerkrankte.¹⁴⁹

Eine derartige Sichtweise wurde vom Bundesinnenministerium in dem Papier vom 28. April 2020 mit dem Titel »Wie wir Covid-19 unter Kontrolle bekommen« ausgeschlossen. Es sollte eine Schockwirkung erzielt und eine Kommunikation im Hinblick auf eine prozentual unerhebliche Fallsterblichkeitsrate unterbunden werden. Im September, als dann das Drohszenario einer zweiten Welle aufgebaut wurde, fiel die Sterblichkeitsrate komplett unter den Tisch. Um eine ähnliche Bedrohung wie im April zu suggerieren, wurde die Bevölkerung mit Infektionszahlen manipuliert, die aus massenhaft durchgeführten PCR-Tests gewonnen wurden. Bewusst wurde nicht mit aussagekräftigen Prozentwerten, sondern mit absoluten Zahlen gearbeitet: Mehr Tests bedeuten dann mehr Infektionen! Hier zwei Beispiele der wöchentlichen Testungen:¹⁵⁰

14. KW: 408 348 Tests, davon positiv getestet: 5259/Tag entspricht 9,03 %

40. KW: 1 101 080 Tests, davon positiv getestet: 2611/Tag entspricht 1,66 %

Der Grenzwert von 50 positiv Getesteten pro 100 000 Einwohner ist völlig ohne medizinische oder rechtliche Grundlagen festgesetzt worden. Die Belegung der Intensivbetten durch Coronakranke sowie die Sterbefallzahlen werden hingegen nicht zu Rate gezogen, ebenso fehlt ein aussagekräftiger Vergleich der Todesursachen. 2018 verstarben 345 000 Menschen an Kreislauferkrankungen, 230 000 an Krebs, bis zu 20 000 an den multiresistenten Krankenhauskeimen und 11 996 durch Unfälle im Haushalt. Und im Jahr 2020 wurden bis 16. Ok-

tober 2020 9755 Coronatote gezählt – auch diejenigen, die nicht durch, sondern mit Corona verstorben sind.

In einem BBC-Interview hat der italienische EU-Kommissar Paolo Gentiloni am 30. September die wirklichen Ziele genannt: In Europa soll eine andere Gesellschaft etabliert werden: grüner, nachhaltiger, diverser, inklusiver. Gleichzeitig stellt die Chefin der EZB, Christine Lagarde, gerade die entscheidenden Weichen für die Abschaffung des Bargelds – Stichwort »digitale Währung« – zur Erlangung der vollständigen Kontrolle über die Finanzen der Bevölkerung.¹⁵¹

Im Oktober 2020 stieg in Europa die Zahl der positiv Getesteten exponentiell, und in den USA malte Präsidentschaftskandidat Joe Biden einen dunklen Winter an die Wand. Nicht wenige Politiker befürworteten angesichts der vielbeschworenen zweiten Welle ein erneutes Herunterfahren des öffentlichen Lebens, was dann als Teil-Lockdown im November Realität wurde. Aus China hingegen kommen ganz andere Botschaften. Dort ist das Infektionsrisiko seit Monaten eingedämmt, und Chinas Wirtschaft profitiert davon. Gut ein halbes Jahr nach den massiven Shutdowns wuchs sie im dritten Quartal um 4,9 Prozent und befindet sich damit wieder auf Vorkrisenniveau.¹⁵² Von einer zweiten Welle keine Spur! Befällt das Virus etwa nur noch westliche Staaten? Sicher nicht. Liegt der Grund womöglich darin, dass China seine Transformation ins Totalitäre bereits vollzogen hat, während der »Great Reset« des World Economic Forums hierzulande nur durch eine Angstoffensive erreicht werden kann?

Berlin, 29. August 2020: Fest für Freiheit und Frieden

Nachdem die Gerichte in zweiter Instanz die Berliner Verwaltungsbehörden mit ihrem Verbot der Großdemonstration in die Schranken gewiesen hatte, sollten starke Polizeikräfte die Verhinderungsabsicht des Senats umsetzen. Trotz massiver Behinderungen strömten Tausende Menschen nach Berlin. Schon ab 9.30 Uhr füllten sich zügig die Straßen zwischen dem Brandenburger Tor, Unter den Linden und der Friedrichstraße bis hin zur Torstraße. Es war ein buntes Treiben, ähnlich dem Love-Parade-Feeling der 1990er, mit vielen Fahnen und Transparenten, auf denen z. B. »Sommer der Demokratie 2020« oder »Familienvater gegen Verschwörungstheoretiker« zu lesen war. Am sowjetischen Heldendenkmal war ein Transparent unter dem Panzerbug des T34

angebracht: »Peaceful Revolution. Dancing for Democracy«, und vor dem Podest stand ein großes Porträt von John Lennon mit der Aufschrift »Imagine«. Die anfängliche friedlich-freudige Stimmung ist aus den Bildern abzulesen.



Luftaufnahme vom 29. August 2020: Großdemo am Großen Stern und auf der Straße des 17. Juni

Doch dann spielte die Polizei pflichtgemäß die Eskalationskarte und blockierte den Demozug. »Nach 13 Uhr war allen anwesenden Menschen auf der Gesamtlänge der Friedrichstraße klar und bewusst – dieser Tag entwickelt sich leider nicht so, wie von Hunderttausenden erwünscht und erdacht.«⁴⁵³ Die Chance, dass sich Berlin weltweit als Stadt des Friedens zeigen konnte, wurde von Bürgermeister Müller und Innensenator Geisel vereitelt. Stattdessen wurde auf Provokation gesetzt. Die Leitmedien trugen mit dazu bei, ein schiefes Licht auf die Demonstration zu werfen, indem sie die Demonstranten unisono in die rechte Ecke stellten.

Diese Diffamierungsrechnung wird nicht aufgehen, da Menschen aus aller Welt vor Ort waren und ihre Eindrücke verbreiten, so wie Martin Armstrong, der postete: »Die Politiker, die all diese Menschen als Nazis bezeichnet haben, merken nicht, dass es Menschen mit Flaggen aus Israel, den USA, Österreich, Frankreich und Deutschland sind. Es ist einfach erstaunlich, wie korrupt die Politiker und die Medien sind, ständig den Charakter der Menschen falsch darzustellen, die mit Gates und Schwab mit seinem Weltwirtschaftsforum nicht einverstanden sind. Sie plädieren dafür, dass Anwälte helfen, sie und ihre Kinder vor der Gates-Agenda zu schützen.«⁴⁵⁴

Die Bilder des Tages wurden von Dutzenden alternativer Kamerateams in die Welt geschickt. Da wird es wenig helfen, wenn die deutschen Qualitätsmedien den Kopf in den Sand stecken und die Demonstration marginalisieren.



Siegessäule in Berlin – die Stelle, an der Robert F. Kennedy jr. die geschichtsträchtigen Worte seines Onkels wiederholte: »Ich bin ein Berliner.« Von den Massenmedien wurde sein Auftritt nahezu totgeschwiegen

Das Topereignis war sicherlich die engagierte Rede des US-Rechtsanwalts und Umweltaktivisten Robert F. Kennedy jr., Neffe des US-Präsidenten JFK. Er sprach wie sein Onkel im Juni 1963 an der Siegestsäule und wiederholte unter tosendem Beifall dessen weltberühmten Satz: »Ich bin ein Berliner.«

Zu Beginn seiner Ansprache lenkte RFK jr. den Blick auf die USA: »In den Vereinigten Staaten behaupten die Medien, ich sei hierhergekommen, um mit 5000 Nazis zu reden. Und morgen werden sie genau das berichten, dass ich zu etwa 83 bis 5000 Nazis geredet habe. Und ich sehe hier das Gegenteil von Nazismus. Ich sehe Leute, die die Demokratie lieben, die eine offene Regierung wollen und Anführer, von denen sie nicht belogen werden. Sie wollen keine Anführer haben, die wahllos irgendwelche Regelungen erlassen, um unsere Demut und unsere Unterwürfigkeit zu erwirken. Wir wollen Anführer, die keine Verbindung zur Pharmaindustrie haben, die für uns arbeiten und nicht für die Pharma-Lobby. Wir wollen Politiker, die sich um unsere Kinder kümmern und nicht um den Gewinn der Pharma-Lobby und ihren eigenen Profit«, lautete sein Appell an die Verantwortlichen in der Coronakrise – und er fügte an: »Regierungen lieben Pandemien. Und sie lieben sie aus den gleichen Gründen, aus denen sie den Krieg lieben – weil es sie in die Lage versetzt, Kontrollmechanismen zu installieren, die wir sonst niemals akzeptieren würden.«¹⁵⁵ Sein Onkel sei damals nach Berlin gekommen, weil in der Stadt die Front gegen Totalitarismus verlaufen sei. Heute sei dies erneut der Fall. Energisch wandte er sich gegen den Ausbau des 5G-Mobilfunknetzes, warnte vor einem Überwachungsstaat mit Gesichtserkennung und digitaler Währung, die uns in die Sklaverei führe. In diesem Zusammenhang attackierte er u. a. Bill Gates, der zusammen mit Fauci und anderen die Pandemie seit Jahrzehnten geplant habe.

In den deutschen Leitmedien wurde die Rede Kennedys überhaupt nicht oder nur in einem Nebensatz erwähnt. Stattdessen lobte man die »mutigen Frauen« in Belarus, die trotz Demonstrationsverbot gegen Lukaschenko weiterprotestierten. Wie würden unsere Medien wohl jubeln, wenn eine so kraftvolle Demonstration mit so einem prominenten Redner in Kiew oder Moskau stattgefunden hätte – ganz zu schweigen von dem übergriffigen und unverhältnismäßigen Polizeieinsatz in Berlin! Mit ihrem Verbotsversuch und dem Vorgehen der Polizei haben die Berliner Senatoren dem Ansehen Deutschlands schwer geschadet, denn die Aufnahmen des Tages wurden als Livestreams, übersetzt in zig Sprachen, in die ganze Welt ausgestrahlt.

Eine dem offiziellen Bild diametral entgegengesetzte Beurteilung hat die Bundesarbeitsgemeinschaft Kritischer Polizistinnen und Polizisten (Hamburger Signal) e. V. verfasst. Bundessprecher Thomas Wüppesahl war mit drei Mitgliedern vor Ort – voneinander getrennt und elektronisch koordiniert. Wüppesahl legte während der Demo 15 Kilometer zurück und kann auf reichliche Erfahrungen mit Protestkundgebungen sowohl als Veranstalter wie auch als Teilnehmer oder Beobachter zurückgreifen. So ist seine 11-seitige Pressemitteilung ein zeitgeschichtliches Dokument: Am 29. August »waren nach unserer gesicherten Einschätzung hunderttausende auf den Straßen der Berliner Innenstadt mit unterschiedlichen Demonstrationszielen und in mindestens sieben verschiedenen Demonstrationen unterwegs. Ihr Ziel: Änderungswünsche an Politik und Verwaltung bzgl. des Corona-Krisenmanagements.«¹⁵⁶ Die vier Polizisten erlebten Abläufe wie bei den Anti-AKW-Demonstrationen in Brokdorf, Wackersdorf, Gorleben und andersorts. Teilweise Vergleichbares fand damals auch bei den großen Friedensdemonstrationen statt: »Es herrschte eine gelöste wie friedvolle Grundstimmung. Ähnlich wie am 3. Oktober 1990 am gleichen Spielort: 1. Feiertag zur (sog.) Deutschen Einheit. Es wurde musiziert, sogar ein Piano auf der ›Straße des 17. Juni‹, der Bundesstraße 2, und viele Dinge die wir von Anti-Atom-Demonstrationen von Form und Auftreten her kennen. Die Menschen waren locker, wenige verbiesterte Zeitgenossen darunter.«

Gegen 20 Uhr erfolgte der »versuchte Sturm des Reichstages«. Ein rechtes Häuflein Verirrter wurde von einem Demagogen aufgehetzt, die Absperrungen zum Reichstag zu durchbrechen. »Es war also auch für ungeschulte Köpfe erkennbar«, so die kritischen Polizisten, »dass hier zumindest versucht wurde, ein Gefährdungs- und Bedrohungsszenario zu einer handfesten Störung oder mehr im Sinne der Polizeigesetze zu dynamisieren. Das gelang leider auch. Entscheidend aber wegen der Minusleistung des Polizeiabschnittsführers.« Die Vermutung, dass staatlich bezahlte Agenten den »Sturm« gesteuert haben, drängt sich da förmlich auf. Die Kritischen Polizisten fordern daher von den Behörden offenzulegen, wie viele V-Leute in den Versammlungen mitliefen. Gerade auch von den Landesverfassungsschutzämtern seien Dutzende Mitarbeiter vor Ort gewesen. »Und bei dem Irrlichter-Club abends vor dem Reichstagsgebäude, aus dem heraus der ›Sturm der Bastille‹ nachgedreht werden sollte, müssen diverse Spitzel gewesen sein. Wir wollen wissen:

1. In welcher Rolle?
2. Mit welchen Tathandlungen?
3. Von welchen Behörden?«¹⁵⁷



Häuserwand in Leipzig mit Parolen der Montagsdemo von 1989 – welch beklemmende Parallele!

Auf der Bundespressekonferenz vom 31. August 2020 bestätigte ein Mitarbeiter des Innenministeriums übrigens indirekt die Präsenz des Verfassungsschutzes auf der Demo.¹⁵⁸

Abschließend stellen die Kritischen Polizisten fest: »Die Berliner Polizei wurde also gestern folgerichtig so geführt, dass am Ende ein gewisses Maß der Rechtfertigung für die Verbotsintention von Innensenator und Polizeipräsidentin existierte. Durch eine angebliche Reichstagsgefährdung und den Unsinn vor der russischen Botschaft, wenige hundert Meter entfernt. Beides unerträglich.« Prompt nannte am Folgetag Bundespräsident Steinmeier den »Demonstranten-Sturm« auf den Reichstag unerträglich, und Politiker aller Parteien reagierten mit Entsetzen.¹⁵⁹

Obwohl viele Demonstrationsteilnehmer ihre Situationsvideos posteten, ist die Dokumentation der Kritischen Polizisten von unschätzbarem Wert. Wir müssen ihnen dankbar sein.

Befinden wir uns in einem hybriden Weltkrieg?

Wenn die Antwort auf die Überschrift »Ja« lautet – und danach sieht es aus –, wird auch die Umverteilung zwischen Siegern und Verlierern hybrid durchgeführt. Jeder Krieg wurde bisher begonnen, um anschließend umzuverteilen und neu zu ordnen. Können wir uns glücklich schätzen, dass es diesmal mit einer »Grippe« geregelt wird? Anstatt der blutigen Kriege des letzten Jahrhunderts muss man sich »nur« gegen ein Virus schützen. Dafür werden NGOs und Think Tanks – in Orwell'scher Manier Doppeldenkfabriken – ausreichend pseudowissenschaftliche Begründungen finden.

Henry Kissinger, Altmeister der internationalen Politik, macht sich über den Einfluss der Pandemie auf die Weltordnung keine Illusionen: »Der politische und wirtschaftliche Umbruch, den das Virus in Gang gesetzt hat, könnte noch Generationen dauern.«¹⁶⁰ Und der Spiegel, das ehemalige Sturmgeschütz der Demokratie, mutiert zum Wegbereiter in eine zweifelhafte Zukunft: »Falls es der Klimawandel und die Migrationstragödien der letzten Jahre noch nicht bewiesen haben – Covid-19 beweist es uns jetzt von Tag zu Tag: Krisen wie diese bräuchten eine Art Weltregierung – so vorläufig und unvollkommen sie unter dem Druck der sich überschlagenden Ereignisse auch sein mag.«¹⁶¹

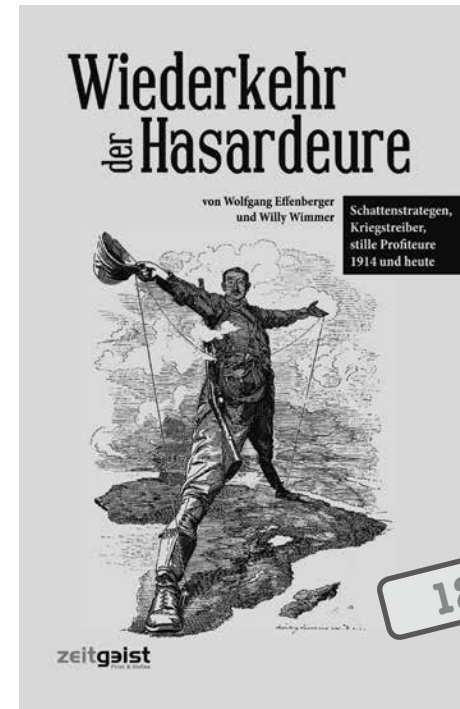
Mit den Mitteln der biometrischen Erfassung, mit Überwachung¹⁶² und Zwangsimpfung¹⁶³ sowie dem »Chippen« könnten auf der kollabierenden alten Ordnung die Industrien der »New World Order« errichtet werden.¹⁶⁴ Der politische Umbruch würde die Weltbevölkerung den neuen elektronischen Kontrollmechanismen unterwerfen – gesteuert auch durch künstliche Intelligenz. Die Gruppe der Anhänger und der Transhumanisten – die letztlich die Weiterentwicklung der Eugenik betreiben – ist »direkt mit der globalen Geldelite verflochten, die für ihre ›Neue Weltordnung‹ leicht steuerbare, menschliche Sklaven erschaffen möchten«, schreibt Michael Morris in seinem Bestseller »Lockdown«.¹⁶⁵

Mit den Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Coronavirus in diesem Jahr begründeten die Innenminister die Einführung eines Warntages. Erstmals seit der Wiedervereinigung wurde am 10. September 2020 pünktlich um 11 Uhr ein bundesweiter Probealarm mit allen vorhandenen Warnmöglichkeiten wie Radio, Fernsehen, sozialen Medien, der Warn-App NINA, Sirenen, Lautsprecherwagen sowie auch digitalen Werbetafeln durchgeführt.¹⁶⁶ Der Warntag soll dazu beitragen, die Akzeptanz und das Wissen um die Warnung der Bevölkerung in Notlagen zu erhöhen und damit deren Selbstschutzzfertigkeiten zu stärken. Zur Warnung und Information der Bevölkerung nutzen Bund, Länder und Kommunen die verfügbaren Kommunikationskanäle. So werden beispielsweise über das vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe betriebene modulare Warnsystem und die Warn-App NINA Warnungen und Informationen der zuständigen Behörden, wie der Gesundheitsministerien des Bundes und der Länder, bereitgestellt. Bund und Länder bereiten den bundesweiten Warntag in Abstimmung mit kommunalen Vertretern gemeinsam vor. Das Projekt wird aus Mitteln des Fonds für die Innere Sicherheit der Europäischen Union kofinanziert. Der bundesweite Warntag soll in den kommenden Jahren jeweils am zweiten Donnerstag im September stattfinden.

Da erzeugt die Warnung des NSA-Whistleblowers Edward Snowden, dass Regierungen das Coronavirus nutzen werden, um eine »Architektur der Unterdrückung« zu errichten, Beklemmung,¹⁶⁷ Was Geheimdienste und »Tiefer Staat« seit 9/11 noch immer nicht geschafft haben, könnte das Virus über Nacht schaffen.

Wer jetzt schläft, wacht in der Diktatur auf.

Auch erschienen im Verlag zeitgeist Print & Online:



Wiederkehr der Hasardeure
Schattenstrategen, Kriegstreiber,
stille Profiteure 1914 und heute

Von Wolfgang Effenberger
und Willy Wimmer

Gebunden mit Schutzumschlag, 640 Seiten, 150 Abb.
ISBN 978-3-943007-07-7 (Buch)
ISBN 978-3-943007-15-2 (E-Book)

www.hasardeure.de



Europas Verhängnis 14/18
Die Herren des Geldes
greifen zur Weltmacht

Von Wolfgang Effenberger

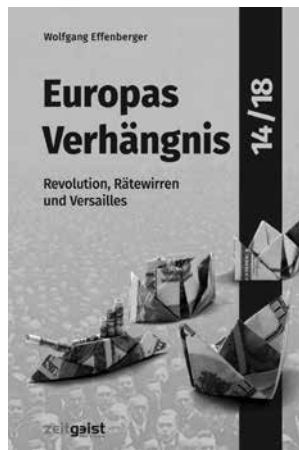
Gebunden, 96 Seiten, 14 Abb.
ISBN 978-3-943007-19-0



Europas Verhängnis 14/18
Kritische angloamerikanische
Stimmen zur Geschichte
des Ersten Weltkriegs

Von Wolfgang Effenberger

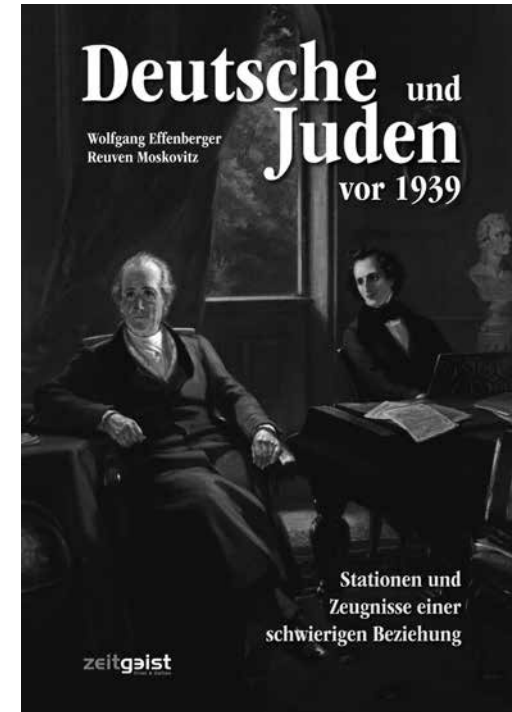
Gebunden, 112 Seiten, 19 Abb.
ISBN 978-3-943007-20-6



Europas Verhängnis 14/18
Revolution, Rätewirren
und Versailles

Von Wolfgang Effenberger

Gebunden, 128 Seiten, 23 Abb.
ISBN 978-3-943007-24-4



Deutsche und Juden vor 1939

Stationen und Zeugnisse
einer schwierigen Beziehung

Von Wolfgang Effenberger
und Reuven Moskowitz

Broschiert mit Klappen,
640 Seiten, über 100 Abb.,
ISBN 978-3-943007-14-5